

Böllerung zur Stadt, 71,12 Prozent aber zur Land-Böllerung gerechnet, jetzt zählt man 55,7 Prozent zur Stadt, und nur 44,8 Prozent zur Land-Böllerung; nur 48,9 Prozent der Erwerbstätigen werden der Landwirtschaft zugerechnet. Das preussische Wahlrecht hat diese Entwidlung bisher vollständig ignoriert; soll ihr nun entsprochen werden, so kann von keiner organischen Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts gesprochen werden, sondern nur von seiner radikalen Beseitigung.

Die steuerfeindlichen Grafen. Das Herrenhaus, das bereits gestern eine kurze Sitzung mit Kaiserhof und Prinzen-Gratulationen ausgefüllt hatte, trat heute zu einer ähnlich anstrengenden Tätigkeit wieder zusammen: es verabschiedete feierlich seine beiden neu eingetretenen Mitglieder, den Fürsten zu Wied, der für unbekanntes Verdienste — er ist der Gemahl irgend einer württembergischen Prinzessin — den Kronenorden 1. Klasse trägt, und den General v. Boyrsch aus Pilsnitz bei Breslau. Dann vertagte es sich auf unbestimmte Zeit.

Trotz dieser völligen Untätigkeit darf man das Herrenhaus nicht für bedeutungslos halten. Die Junker sind die wahren Herren des Reichs. Erst heute ging wieder bei dem Herrenhause ein Antrag ein, der in der bündigsten Weise der preussischen Regierung beschießt, gegen jeden weiteren Ausbau der Reichs-Erbschaftsteuer Stellung zu nehmen. Der Antrag geht aus von dem berühmtesten Wahlrechtsfeind Graf Mirbach und trägt bereits 49 Unterschriften, d. h. etwa 9 Zehntel von den Namen der anwesenden Grafen. Sechs Grafen v. d. Schulenburg, zwei Grafen v. Renckhausen, zwei Burggrafen v. Dohna, der Zentrumsgraf Braichma, der Reichstagspräsident Fürst Stolberg, der Grafenbaron v. Tiele-Winkler, die Vogel von Falckenstein und Graf von Wartenburg, nicht zu vergessen der Herren v. Zitzewitz und Dewitz, haben ihre edlen und erlauchten Namen unterfertigt. Die Regierung weiß also, was sie zu tun hat.

Notstandsarbeiten für Arbeitslose. Aus München kommt eine sympathische Kunde: Angesichts der betrübenden Lage des Arbeitsmarktes hat die bayerische Staats-Eisenbahn- und Postverwaltung Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit während des kommenden Winters getroffen. In mehr als 100 bayerischen Orten werden größere Um- und Neubauten während der Wintermonate durchgeführt werden, um einer größeren Anzahl von Arbeitslosen längere Beschäftigung zu verschaffen.

Der Eintritt der sieben sozialdemokratischen Abgeordneten in den preussischen Landtag hat auch den Eifer der bürgerlichen Parteien beflügelt. Aus Berlin wird nämlich berichtet, daß außer den Freisinnigen auch das Zentrum eine Interpellation über die Arbeitslosigkeit vorbereitet. Daran hat es früher in Preußen nie gedacht.

Wie es aber dort steht, wo die bürgerlichen Parteien nicht erst lange interpellieren brauchen, sondern selbst die Sache in die Hand nehmen können, also in den Städten, das müssen wir noch abwarten. In Breslau steht die Antwort des Magistrats auf das Gesuch des Gewerkschafts-Kartells um Notstandsarbeiten noch aus.

Hoffentlich wird diese Antwort etwas mehr Verständnis und Entgegenkommen beweisen, als die Stellung der städtischen Behörden in Frankfurt a. M. Dort hatten unsere Stadtverordneten, die zahlreicher im Rathause sitzen, als in Breslau und deshalb eigene Anträge stellen können, eine Anzahl Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht. Es handelt sich um die Vornahme städtischer Notstandsarbeiten, um Fürsorge für die Obdachlosen, um die Speisung hungriger Schulkinder sowie um eine Arbeitslosenversicherung, die zum Teil in der Gewährung von Zuschüssen zu den Unterstützungsanstalten der Gewerkschaften bestehen sollte. Die Stadtverordnetenversammlung, welche sich am 21. Oktober 1908 mit diesen Anträgen zu befassen hatte, beschloß — gegen die Stimmen der Sozialdemokraten — den Uebergang zur Tagesordnung und dokumentierte somit, daß sie dem wirtschaftlichen Elend des Proletariats teilnahmslos gegenübersteht. Sollte dieses Verhalten Nachahmung finden, dann dürfen sich unsere Staatsbehörden auf ein gehöriges Anwachsen der Sozialdemokratie gefaßt machen.

Die politische Polizei. Ein großes Schlaglicht auf Methoden in der politischen Polizei wirft ein Vorfall, den ein Berliner Anarchistenorgan, der „Revolutionär“, schildert. Diefem Blatt zufolge ist dort die Anarchistenhag wieder einmal in hohem Schwung. Um nun in einer Strafsache gegen den Anarchisten Clement, der in seiner Wohnung Sprengstoffe hergestellt haben soll, Material zu erlangen und gleichzeitig die Abreise eines anderen Anarchisten, mit Namen Zumpfe, zu erfahren, nahm die politische Polizei eine stattliche Reihe von Hausdurchsuchungen vor, u. a. auch im Verlag, in der Redaktion und Druckererei des „Revolutionär“. Dabei ließ sich der amtierende Kriminalkommissar Kunze die unerhörtesten Uebergriffe zuschulden kommen. Dieser Runge beschlagnahmte glattweg alle Geschäftsbücher, Postabschnitte, Korrespondenzen und Manuskripte, so daß eine Nummer des „Revolutionär“ gar nicht erscheinen konnte. In der Strafprozessordnung aber lautet ein § 110:

Eine Durchsicht der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen steht nur dem Richter zu.
Andere Beamte sind zur Durchsicht nur dann befugt, wenn der Inhaber derselben die Durchsicht genehmigt. Wären also haben sie die Papiere, deren Durchsicht sie geboten trachten, in einem Umschlag, welcher in Gegenwart des Inhabers mit dem Amtssiegel zu verschließen ist, an den Richter abzugeben.

Die Konfiskation erfolgte am frühen Morgen des 1. Oktober. Die Redaktion beschwerte sich beim Landgerichtspräsidenten, erhielt aber am 5. Oktober Nachmittags vom Untersuchungsrichter diese Mitteilung:
In dem Namen des „Revolutionär“ beschlagnahmte Bücher, Manuskripte usw. sind bisher hier nicht eingegangen.
Sprockhoff, Landrichter.

Erst am 7. Oktober wurde das Material zurückgestellt. Der „Revolutionär“ sagt, inszwischen habe der dienfertige Kriminalkommissar natürlich das geschwindig beschlagnahmte Material studiert und kopieren lassen. Versteht die Darstellung des Blattes auf Tatsachen, dann sind diese ein Beweis, daß niemand so reif ist für die Polizei, als die politische Polizei selbst. Aber die nimmt kein Schutzmann am Kragen.

Ultramontane Opposition. So lange das Zentrum nicht mehr am Regierungssitze sitzt, so lange macht es der Regierung heftige Opposition. So veröffentlicht die „Germania“ zwei folgende Betrachtungen:

Das Ziel für unsere Reichsfinanzen liegt nicht in der Bewilligung mehrerer 100 Millionen neuer Steuern, sondern in der strengsten Sparsamkeit. Die neueste Aufforderung zur Sparsamkeit aber enthalten die Zahlen über das Anwachsen der Hauptausgaben des Reiches, die wir einander gegenüberstellen wollen und zwar getrennt in fortwährenden Ausgaben, einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und den Ausgaben des außerordentlichen Etats: Die Jahre 1878, 1888, 1898 und 1908 sollen die Merksjahre sein.

1. Ordentlicher Etat.

Ausgabegewert:	1878	1888	1898	1908
Reichsbeere	820,8 Mill.	859,2 Mill.	513,5 Mill.	670,5 Mill.
Marine	21,3	89,2	66,2	133,8
Reichsschuldenzinsen	2,8	21,1	72,2	155,4
Pensionen	49,2	53,0	89,6	146,3
Kolonien	—	—	—	2,0

b) Einmalige Ausgaben:

Reichsbeere	54,8 Mill.	169,3 Mill.	82,0 Mill.	127,2 Mill.
Marine	89,0	15,1	86,8	129,0
Kolonien	—	—	12,5	39,9

Man findet somit im ordentlichen Etat folgende Zahlen:

Reichsbeere	875,1 Mill.	528,5 Mill.	595,5 Mill.	797,5 Mill.
Marine	60,8	52,3	102,5	262,8
Reichsschuldenzinsen	2,8	21,1	72,2	155,4
Pensionen	49,2	53,0	89,6	146,3
Kolonien	—	—	12,5	41,9

Jedoch geben diese Zahlen des ordentlichen Etats noch kein erschöpfendes Bild; denn im außerordentlichen Etat läuft eine Reihe von Ausgaben, die zum größten Teil auch in den außerordentlichen Etat gehören und die Ausgaben noch wesentlich erhöhen. Im Jahre 1878 hatte man den außerordentlichen Etat noch nicht aufgeführt, so daß der Vergleich nur für zwei Jahrzehnte zu geben ist. Aber die Ausgaben betragen im

2. Außerordentlichen Etat:

Ausgabegewert:	1888	1898	1908
Reichsbeere	146,1 Mill.	76,6 Mill.	56,6 Mill.
Marine	10,7	28,2	86,1
Kolonien und Expedition	—	—	19,0

Erst diese Zahlen lassen erkennen, wie sehr die Gesamtausgaben angewachsen sind. Dann nun erhalten wir folgendes Bild des Anwachsens der Ausgaben:

	1878	1888	1898	1908
Reichsbeere	375 Mill.	674 Mill.	672 Mill.	854 Mill.
Marine	60	63	120	348
Reichsschuldenzinsen	2,8	21	72	155
Pensionen	49	53	89	146
Kolonien	—	—	18	60

Angesichts dieser Zahlen muß jeder sich raaren, daß es so nicht mehr weiter gehen kann; alle diese Ausgaben machen wir für unsere nationale Bedeutung, für unsere Wehrkraft im weitesten Sinne des Wortes; diese Ausgabeposten wünschen an:

	1878	1888	1898	1908
	486 Mill.	811 Mill.	976 Mill.	1561 Mill.

In dreißig Jahren ist somit diese Ausgabe um mehr als 300 Proz. gestiegen, während die Bevölkerung nicht um 50 Prozent zunahm, das letzte Jahrzehnt allein weiß eine Zunahme von über 60 Prozent auf. Wohin führt diese Bahn, die immer mit Friedensreden garniert ist? Schließlich nur zu einer Ausfankung der Völker im Frieden. Der bewaffnete Friede gestaltet sich zu einer unerbittlichen Last.

Die „Germania“ verrät natürlich mit keinem Wort, daß es gerade das Zentrum gemeint ist, dessen Bewilligungseifer die „Ausfankung der Völker im Frieden“ verschuldet hat. Diese Ehrlichkeit darf man der ultramontanen Moral nicht zumuten. Augenblicklich wird das Zentrum eine Zeitlang vom Liberalismus adgedöht und wenn dieser dann Herrn Bülow „unerträglich“ geworden ist, beginnt das Zentrum wieder den Reigen. So wird das Volk in halber Abwechslung von beiden Volksparteien hinter das Licht geführt.

Die Wahlrechtsdemonstration vom 20. Oktober. Die sechs Versammlungen, die unter Berliner Parteihäusern am Dienstag Abend abhielten, gestalteten sich zu einer wichtigen Kundgebung gegen das Dreiklassenwahlrecht. Um 7 Uhr Abends wurde die Agitationsnummer des „Vorwärts“ in einem Viertel Millionen Exemplaren verbreitet, und dann ging es in dichten Trupps in die Versammlungslokale, die zum Teil sehr lange vor Beginn des Referats wegen Ueberfüllung abgesperrt waren. Die Polizei suchte — wenn auch erfolglos — mit einem großen Aufgebot alle Kundgebungen zu hindern. Vor dem Lokal von Ballschneider in der Badstraße kam es zu Zusammenstößen mit den Schülern, denen es die Strafe auf das allgemeine Wahlrecht angetan hatten. Auch vor den Germania-Häusern und dem Roabiter Gesellschaftshaus wurde die Polizei vertrieben, während vor der Frankei Friedrichshain die parteigenösslichen Ordner — auf das höchste Entschlossen der Polizei hin — die Massen zum Weitergehen bewogen. Vor dem Gewerkschaftshaus am Engeliner erwiderte es Heiterkeit unter den Parteigenossen, als ein Sicherheitsbeamter den Eingang der Arbeitermarkeklasse mit den Worten zu verhindern suchte: „Nur, meine Herren, wir sind doch in Preußen.“

Die Versammlungen nahmen überall einen wichtigen Verlauf.

Polizeigeschichten. Die uneren Organe der Berliner Polizei machen von Zeit zu Zeit in einer Art und Weise von sich reden, die an das Land der Krone erinnert. Ist so eine Affäre passiert, dann wird von oben herab berichtet, es werde Abhilfe eintreten — es bleibt doch gewöhnlich alles beim alten. Mühte doch der verurteilte Oberbürgermeister von Mainz — Dr. Gagner — einst in die Öffentlichkeit, um vor den beherrschten Juraganten, die sehr Familienleben mit Klatsch bejubelten, Schutz zu suchen. Gagner rief damals in öffentlicher Versammlung den Stadtratsmitgliedern zu: Meine Herren, schützen Sie mich vor diesen Schanden! — Gagner ist gestorben, die drei Polizisten haben auch das Reichliche gesegnet — doch die Zustände sind geblieben!

Jetzt bringen wieder mehrere Polizeiaffären in die Öffentlichkeit, die die Selbstverleugung der Schülern im schlimmsten Maße zeigen. Ein Buchdruckereibesitzer fuhr Nachtig ohne Erlaubnis durch den Hof eines Reichshauses, schloß die Thür auf und ließ einen Glas Wein und fuhr weiter. Mutmaßlich...

schickte der Schutzmann, noch mehrere Opfer zu ergattern, alle dem Verbrecher nach und machte jetzt von dem wichtige Vorfall ein Protokoll. Zu derartigen Kleinigkeiten gehören auch die Anfertigungen von Urteilen, die später — wenn die Angelegenheiten vor Gericht kommen — und die Schülern durch Zeugen in die Enge getrieben werden, von diesen nicht mehr aufrecht erhalten werden können.

Am Sonntagabend kam ein Fall vor dem Schöffengericht zu Verhandlung, der die Polizei in ihrer ganzen Größe zeigte. Der Tatbestand ist folgender: Der Richter Amelung hat einmal auf der Straße urintiert und deshalb von dem Schutzmann Prinz ein Protokoll bekommen. In der Nacht des 14. Juli erzählte er seinen Fremden Vorgesetzten und Scholz das Vorkommnis und bemerkte dazu, er werde den Schutzmann Prinz — wenn er sich etwas Pflanzliches zu schulden kommen lasse — um seine Erlässung bringen. Diese Bemerkung hörte Schutzmann Krüder, der den Amelung verhaftete. Scholz ging mit zur Wache, wo Krüder rief: „Prinz, das ist der Kerl, der dich um deine Erlässung bringen will!“ Prinz beorderte hierauf Amelung mit dem Gummistift unter den Ausrufen: „Was, du Stint-Gesse, willst mich um meine Erlässung bringen?“ Nicht viel besser verfuhr er mit dem ganz unbeteiligten Scholz. Beide erhielten zum Ueberfluß noch Strafbefehle von 6 Mark wegen Verhöhnung „groben Unfugs“.

Obgleich der Kreisrat Walter Verletzungen an Kopf und Ohren feststellte, wurde der Strafanzeige gegen die Schülern damals keine Folge gegeben. Erst durch den Einspruch gegen den Strafbefehl kam die Sache an Gerichtsstelle zur Verhandlung. Die Aussage des Schutzmannes Krüder wirkte auf den Richter Dr. Millan so unangenehm, daß er dem Zeugen mit Verhaftung wegen Meines die Strafbefehle schickte. Krüder schloß sich Erinnerungsbüchlein vor. Das Urteil, das den Strafbefehl aufhob, besaß, das Verhalten der Schülern sei aufschuldig zu beurteilen, ihre Handlungswelt sei jedes menschliche Entschlüssen vermissen, schloß Recht und Gerechtigkeit ins Antlitz.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich dieser Meinung über verschiedene Schülern schon längst angeschlossen.

Die großen Befehlsprozesse im Saarrevier. In Saarbrücken begann am 20. Oktober der gegen 53 Angeklagte und Verurteilte der staatlichen Gruben gerichtete Massenbefehlsprozess. Der erste Verhandlungstag zeigte bereits, wie furchtbar schwer die Ermittlung der Wahrheit den Behörden gemacht ist: die Selbstherrlichkeit der Beamten, die alles bestreiten, und die Furcht durch Brutalitäten verklärter Vergeltung sind ein ebenso schweres Hindernis für die Ermittlung der Wahrheit, wie in Militärprozessen die Unmacht der Vorgesetzten und die Furcht schuldloser Soldaten vor drakonischen Strafen. Der Vorsitzende ermahnte die Verurteilten, es nicht zu machen wie die Steiger, die — trotz der gravierendsten Beweise — immer gelauert hätten.

Ueber den Verlauf des Prozesses werden wir noch berichten.

In der sächsischen Wahlrechtsdeputation wurde nach längerer Debatte die Proporzionalwahl für die Großstädte beschlossen und zwar mit 11 gegen 8 Stimmen. Dagegen stimmten die National-Liberalen. Der sächsische Abgeordnete Baer gab später eine Erklärung ab, daß er ebenfalls dagegen gestimmt hätte, wenn er dazugewählt wäre. Es wurde weiter beschlossen, daß durch Benutzung zwei getrennter Wahlsysteme abgestimmt werden solle; außerdem solle für jede Klasse besonders abgestimmt werden und eine besondere Wahlliste gefaßt werden.

Begnabigung eines freisinnigen Redakteurs Um seine Begnadigung ist der Redakteur Conrad Maria Schmidt von der „Berliner Morgenpost“ mit Erfolg einsetzungen. Schmidt war am 16. März d. J. wegen Verleumdung des Fräuleins Olga Poltor zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zur zwei Monaten Gefängnis hat der Kaiser jetzt die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 3000 Mark umgewandelt. — Kommt bei Sozialdemokraten nicht vor.

Die obotritischen Junker haben eine Verfassungsgesetz ab schlagen. In der Mittwoch-Sitzung des außerordentlichen Landtages wurde der Landtag ab geschied verlesen. In diesem heißt es unter anderem:

Der Großherzog muß es aufs tiefste beklagen, daß auch die Fortsetzung der Verhandlungen über Änderung der bestehenden Landesverfassung zu einem Abbruchenden und zur allerhöchsten Genehmigung geordneten Reichsbeschlusses beider Stände nicht geführt hat, indem die Mehrheit zwar gegenüber ihrer früheren Stellungnahme ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, sich aber nicht dazu verstanden hat, gleich der Landchaft für die weitere Beratung auf den Boden der Regierungsvorlage sich zu stellen. Der Großherzog hält jedoch an der Ueberzeugung fest, daß die Durchführung der Verfassungsreform, insbesondere die Beteiligung weiterer Reichstagsmitglieder an der Bildung der Landesvertretung für das Wohl des Landes ein unabwendbares Bedürfnis ist und daß die darüber eingeleiteten Verhandlungen des gegenwärtig ablehnenden Verhaltens der Ritterschaft unzureichend fortgesetzt werden müssen, bis sie zu einem dem Lande dienlichen Ergebnis geführt haben. In dem der Großherzog, sich weitere Entschlüsse vorbehält, gibt er dem gegenwärtigen Landtag seine Entschuldig.

Nach der Verlesung dieses Beschlusses im Landtage wurde der Landtag durch den dirigierenden Landrat geschlossen. Die Junker sitzen auf ihrem Döckenschwappen und der „Verfassung“ von 1755, im Abzügen spielen sie auf die „neue Zeit“.

Kommunistische Konsequenzen? Der Bauer weiß genug vom sozialdemokratischen Kommunismus, um die politischen Konsequenzen zu erkennen, die sich ergeben könnten, wenn das Reich beim Tode eines Familienvaters auch nur ein Teilchen des Familienvermögens für sich in Anspruch nähme. So schreibt die „Kreuzzeitung“ gegen die Nachlasssteuer Sammlung zu machen. Den Bauern in Österreich sind solche Bedenken noch nicht gekommen, obwohl dort seit mehr als 50 Jahren eine Erbschaftsteuer besteht, die für unbedeutendes Vermögen sogar höher ist, als für bewegliches. Aber der „deutsche Bauer“ muß eben wieder einmal herhalten, um die Jagdgründe, Latundien und Geldbäde unserer Großgrundbesitzer vor großen Steuern zu bewahren.

Gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer. In der Versammlung der Bürgervereine der Städte des Großherzogtums wurde gestern in Mainz einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammlung gegen die Einführung einer Reichs- und Kreis- und Gemeindefiskussteuer sich auspricht. — Unter dem Namen der Bürgervereine als die schimmlichen Revolutionäre erscheinen, erwieß es bekanntlich weit von sich, „jetzt schon“ der lieben Regierung Opposition zu machen, wo man die „nähere Gestalt“ der Vorlage noch gar nicht kennt.

Die Volksschulkommission der württembergischen Abgeordnetenkammer hat den Antrag der Volkspartei auf gezielte Schulgeldfreiheit in Volls, allgemeinen Fortbildung- und Sonntagsschulen sowie einen Antrag Bildenbrandt auf Schmittfreiheit in diesen Schulen abgelehnt.

National-Liberaler Sprachen-Antrag Der wiedergeblich Vertreter des national-liberalen Reichstags-Abg. Schwabach, beantragte mit Unterstützung einiger National-Liberalen, die italienische Sprache nebst der maltesischen und wendischen Sprache als Versammlungssprache zuzulassen.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 21. Oktober.
Die Ministertische sind leer. Es sind etwa 40 Mitglieder des Herrenhauses anwesend.
Präsident Hr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 10 Minuten.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst geschäftliche Mitteilungen. Es wird Bericht erstattet über die seit dem

leiten Logung erfolgten Veränderungen in der Zusammensetzung des Herrenhauses.
Der Präsident macht sodann dem Hause Mitteilung von dem gestern erfolgten Ableben des Ministerialdirektors Wihoff.
Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.
Eingegangen ist ein von 50 Mitgliedern unterschriebener Antrag Graf Mirbach-Sorquitten der die Regierung ersucht, gegen jeden weiteren Ausbau der Reichs- und Staatssteuer Stellung zu nehmen.
In die Matriculkommission wird bei Fülle zu Dohna-Schlobitten gewählt. Nach der Vornahme weiterer Wahlen zur Unterrichts-Kommission wurde zur Vereibigung neuer Mitglieder gefordert.
Verleibt wurden der kommandierende General des 6. Armeekorps, v. Woyersich-Breslau, und Fürst Friedrich zu Wied.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung unbestimmt.
Schluß 2 Uhr 30 Minuten.

Anslaud.

Ein Mann.

Unzähligen unbedeutenden und mittelmaßigen Deuten schaffte der leichte Sinn der bürgerlichen Journalisten einen billigen Ruhm. Es braucht einer nur Dreifuß eine Ohrfeige gegeben zu haben und sofort wird über die ganze Welt die Biographie des Gelben beschriftet. Ein Schokoladenfabrikant, der trotzdem in Norwegen dem deutschen Kaiser begegnet ist, kann auf internationalen Ruhm rechnen. Der wirklich schlichte und also bemerkenswerte Mensch bleibt immer im Schatten, nicht allein, weil der Tüchtige vom elektrischen Kammerlicht der Presse nicht beleuchtet sein will, sondern auch, weil die skandalöse Oberflächlichkeit des Durchschnittsjournalisten blind ist für das Wesentliche und Wertvolle eines Charakters. Wer hat noch den Namen Kalerowitsch im Gedächtnis? Welcher von den vielen leeren, aber wortreichen Plaudereien hat einen einzigen Gedanken oder — um nicht Unmögliches zu fordern — ein paar Zeilen an diesen Mann verloren? Freilich, Kalerowitsch hat nichts getan als eine Mannestat. Hat nichts gewagt als den Kampf eines einzelnen wider eine große, einstimmige Parlamentshorde; hat nichts unternommen als inmitten einer rasenden, ernstlicheren Verdrängung die Majorität eine Rede von eifriger, ernüchternder Vernünftigkeit gehalten. Kalerowitsch ist der eine Sozialdemokrat, der in der Belgrader Stupschina sitzt! Ganz allein mußte er dem Sturm der heulenden Partisten standhalten; aber in diesem Falle war wirklich der stärkste Mann, der, der alleinsteht. Er hatte den Mut, während freigelegter und wahrhaftig auch sonst nicht schüchternen Burschenschaften durch die Belgrader Straßen zöhlten, während das unverantwortliche serbische Kronprinzelein öffentlich nach dem Blut der Oesterreicher lechzte, während der wackelnde König sein Süppchen über den Flammen des serbischen Chauvinismus kochen ließ, der tobenden Stupschina zuzurufen: „Ein kriegerisches Abenteuer wäre für Serbien nichts anderes als — Selbstmord!“ Sie heulten auf, der Präsident entzog Kalerowitsch das Wort, die Sitzung mußte unterbrochen werden. Doch das ernüchternde Wort traf die Besessenen wie den schwankenden Trunkenbold ein elektrischer Wasserstrahl. Es ist wirklich kein Zufall, daß der eine, der dieses Wort der heilsamen Ernüchterung fand, ein Sozialdemokrat war. Ueberall ist's billiger, mit den chauvinistischen Wälfen zu heulen, und überall ist's unsere Art von Tapferkeit, den nationalistischen Erzech durch einen heilsamen Rakitawasserguß rechtzeitig zu unterbrechen und zu besiegen. Das Geschrei wüchste dann noch eine Weile, aber das kalte Wasser wirkt doch! Belgrad ist weit genug, daß auch unsere Feinde die Mannlichkeit des Genossen Kalerowitsch anerkennen könnten. Wenn sie überhaupt den Blick für solche tapfere Tüchtigkeit hätten!

Das serbische Fräulein I.

Die Londoner Blätter bringen Meldungen aus Belgrad über einen sensationellen Zwischenfall, der sich am serbischen Hofe ereignete. Am Montag fand eine Beratung zwischen dem König, den Ministern und einigen Offizieren der serbischen Armee statt. Nachdem man über die gefährliche Tätigkeit des Kronprinzen gesprochen hatte, wurde dieser hinzugerufen und in Anwesenheit sämtlicher Herren von seinem Vater zurückgeholt. Auch der Ministerpräsident sagte ihm ins Gesicht, daß er das Land ins Verderben fähre. Der Kronprinz, dessen heftiges Temperament zur Genüge bekannt ist, konnte sich nicht beherrschen und schätzte in grenzenloser Wut auf seinen königlichen Vater los. Einen Augenblick hatte es den Anschein, als ob der Kronprinz ihm einen Schlag ins Gesicht versetzen wollte, und wahrscheinlich hätte er seine Absicht ausgeführt, wenn nicht die anwesenden Offiziere ihm in den Arm gefallen wären und seine erhobene Faust zurückgehalten hätten. Es entstand ein Handgemenge und Kronprinz Georg wurde schließlich aus dem Beratungszimmer buchstäblich hinausgeworfen.
Der eine — der Mann, den wir oben nannten — hat Anwartschaft auf das Königtum, der andere auf den serbischen Thron. Und da soll man an die Gottwohlgefälligkeit der Monarchie glauben?

Ein gelber Sünmel in Frankreich. Eine arge Standalage tief in der letzten Sitzung der französischen Deputiertenkammer der kontervative Deputierte Vietry, der Präsident des sogenannten Gelben Arbeiterjudikats, hervor. Wie aus Paris berichtet wird, interpellierte Vietry die Regierung bei der Beratung des Justizbudgets wegen der Dreifuß-Affäre und wies dem Justizminister vor, er mache sich zum Anwalt des Verärrers Dreifuß. Die ganze Linie wandte sich errat gegen Vietry, und die Kammer verurteilte die Regierung über ihn. Trotz dem sprach Vietry weiter und bezeichnete die Mitglieder des Kassationshofes als Fläcker und Pflichtvergessene. Hierauf beschloß die Kammer auf Ansuchen des Präsidenten die zeitweilige Ausscheidung Vietrys. Als dieser sich recht noch weigerte, die Redezeit abgebrochen auf. Nach Wiedereröffnung der Sitzung nahm die Kammer mit 476 gegen 47 Stimmen eine Tagesordnung an, in der die Mitgliedschaft des schimpflichen Vorgesetzten und der Belästigungen der Mitglieder des Kassationshofes ausgesprochen und die Erklärungen der Regierung gebilligt wurden.
Vietry erklärt in der „Annois“, daß er diejenigen Deputierten, die ihm während seiner Rede Beschimpfungen zugesendet hätten, einzeln zur Rechenschaft ziehen werde; er werde sich mit Degen oder Stock Gerechtigkeit verschaffen. Volkshaus hat Vietry den drei Deputierten Lagasse, Etrod und Riville Duellforderungen überreicht.
Hoffentlich findet sich bei dieser Gelegenheit der Mann, der dem gelben Arbeiter über nicht mit dem Degen, aber mit dem Stock die Großmännlichkeit für eine Beilage austreibt.

Ministerwechsel in Frankreich. Trotz des Vertrauensvotums, welches die Kammer dem Ministerium Clemenceau erteilte, hat der Marineminister Thomson seine Demission gegeben. Als sein Nachfolger gilt Alfred Dreyfus, dessen offizielle Ernennung nach dem Kabinettsrat am Donnerstag erfolgen soll.

Ein Mitglied des polnischen „Kampfesausschusses“ hingerichtet. Aus Warschau wird vom 10. Oktober gemeldet: Gestern beim Tagesanbruch wurde Josef Wiertel, genannt Montwill in der Warschauer Tabelle hingerichtet. Der Ermordete war Mitglied des „Kampfesausschusses“ der polnischen Sozialisten-Partei, revolutionären Fraktion. Wiertel, polnisch, großherzig, war er eine der edelsten und reinsten Gestalten in der polnischen revolutionären Bewegung. Vor drei Jahren war er zum ersten Mal mit dem Strange bedroht; er war nämlich nach blutigem Widerstand und einem misslungenen Selbstmordversuche in die Hände der Schergen geraten. Durch eine geheimnisvolle Flucht gerettet, fand er bald wieder in den Reihen der Kämpfer.

Nach langen Monaten eines verzwirbelten Kampfes wurde er im September des vorigen Jahres dem Feinde durch Verrat geliefert. Er wurde als der flüchtige Verhaftete vom Jahre 1905 erkannt, zum Tode verurteilt, zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt. Noch einmal wurde er vor das Kriegsgericht gestellt, seines Anteils am Kampfesausschuss wegn, noch einmal wurde er zum Zuchthaus verurteilt. Das Verfahren gegen Montwill war aber damals noch nicht zu Ende. Man wünschte seinen Tod, man klagte ihn an, er habe am bewaffneten Anfall auf einen Willkürhüter bei Lopy teilgenommen. Sein Name war von drei Zeugen festgestellt worden, der einzige Zeuge, welcher ihn belastete, erschien gar nicht vor dem Kriegsgericht. Das Urteil wurde von zwei Offizieren des Wolhynier-Regimentes entworfen, die sich für die schwächliche Frucht ihrer Waffenkammer bei Lopy schämten wollten. Gleich wurde das Urteil von Stellen unterzeichnet. In weniger als 24 Stunden war „Montwill“ nicht mehr unter den Lebenden.

Die Feinde wußten selbst den Namen des Ermordeten nicht. Man verurteilte ihn als einen Unbekannten, „Montwill“ genannt. Ehre dem Selben der Freiheit!

Eine russische Begnadigung. Die sechs deutschen Kolonisten, die wegen leichter Verletzung eines Polizeibeamten in Delsa angeklagt und zum Tode verurteilt worden waren, sind infolge Vermittlung hochgestellter Personen vom General Raulbars begnadigt und die Todesstrafe in ein Jahr Gefängnis für jeden umgewandelt worden.

Aus Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 22. Oktober. Doppelter Kindesmord. In Seifersdorf hat die Tochter eines Stellenbesizers heimlich geboren und das Kind getötet, worauf sie den Leichnam in der Nähe der elterlichen Behausung im Gebirge verbarre. Als nach dem toten Kinde geforscht wurde, ließ man im Gebirge noch auf ein anderes Kindesleib. Die Mutter gab an, bereits in einem früheren Falle ein von ihr geborenes Kind getötet und auch diesen Leichnam in der Erde vergraben zu haben. Gerichtswelle verläutet, daß noch ein dritter Kindesmord vorliegen soll. Die Mörderin ist bereits 40 Jahre alt.

Der eigene Bruder als Verführer der Schwester. Die 18 Jahre alte Tochter eines hiesigen Ehepaars ist das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens geworden. Als das Kind dieser Tage nicht mehr zur Schule kam, erregte die Untersuchung, daß das Schulmädchen seiner Niederkunft entgangen sei. Als Verführer des Kindes wurde dessen eigener, 23 Jahre alter Bruder ermittelt, welcher verheiratet ist und hier als Gärtner tätig war. Der Täter wurde verhaftet.

Aufhebung eines Diebeslagers. Hier wurde ein Diebeslager entdeckt. Die in großer Menge beschlagnahmten Gegenstände sind in einem hiesigen Fabrikabstimmung gestohlen und es sind mehrere Personen in die Anselegenheit verwickelt. Ein Teil der gestohlenen Gegenstände war bereits befreit worden und es wurden bei zwei Fandlöhnern erhebliche Quantitäten von Damast-, Silber-, Gold-, Handtüchern etwa 800 Stück, u. m. beschlagnahmt.

Strehberg, 22. Oktober. Entsetzliche Bluttat. Der gestern schon von uns kurz gemeldete Ueberfall hat weit schlimmere Folgen gehabt, als man anfänglich vermutete. Der „Vater“ berichtet darüber: Eine entsetzliche Bluttat, durch die ein Mensch sein Leben verlor und zwei Personen schwer verletzt wurden, wurde am Dienstag Abend in Cunnersdorf verübt. Gegen 4 Uhr Nachmittags kam der Wälder Reinhold Daut in die „Andreasschenke“ und fing an zu trinken. Unter anderem erzählte er, schon in Petersdorf, woher er komme, habe er beinahe einen Menschen erschossen. Der anwesende Wirt der „Andreasschenke“, Herr Conrad, forderte den Daut wiederholt auf, das Messer einzustecken, aber vergebens. Schließlich verlangte Herr Conrad von dem mehr als ungemühten Gaste die Wappere. Daut zeigte sie auch ohne weiteres und der Wirt sah, daß Daut schon beim Willkür mit 1 1/2 Jahren Fesslung und Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft worden war. Herr Conrad meinte, aus den Papieren ergebe sich schon, daß ein Daut wohl nicht viel sei. Schließlich verlangte Daut, der übrigens nicht viel getrunken hatte, von der Wirtin im Wirt ein Glas Wein. Die Wirtin verlangte wiederum, Daut solle zuerst das Messer einstecken. Als er dies nicht tat, rief Herr Conrad erblich — es war kurz vor 7 Uhr Abends — die Gendarmen und er packte den Daut, um ihn hinauszubefördern. An der Haustüre versetzte auf einmal Daut dem Wirt einen Stich in den linken Arm und dann einen zweiten Stich in die Wange gegen. Besonders der zweite Stich muß mit furchtbarem Gewalt geföhrt worden sein. Conrad stürzte sofort bewußtlos zusammen. Daut besah noch die grenzenlose Hölle, dem hilflos am Boden Hinwärtigen zuzurufen: „Vater! . . . Ich räume Dir das Messer noch einmal in die W. . . .“ Conrad wurde zunächst in ein Zimmer des Gasthofs zurückgebracht. Hier spielte sich noch eine erschütternde Szene ab. Auf kurze Zeit erlangte Herr Conrad das Bewußtsein wieder, aber er ahnte wohl, daß es mit ihm zu Ende gehen würde, denn in rührender Weise hat er die Anwesenden für alles, was er ihnen etwa Wehles getan habe, um Verzeihung. Dann verlor Conrad wieder das Bewußtsein, während der herbeigekommene Herr Dr. Salomon die erste ärztliche Hilfe leistete und die Ueberführung des Schwerverletzten in die Klinik des Herrn Sanitätsrats Dr. Widdendorff anordnete. Der Transport geschah mit Tragkorb, aber gleich nach der Entlieferung gab Conrad seinen Geist auf. Die Leiche wurde dann in die „Andreasschenke“ zurückgetragen und wird auf Anordnung der Staatsanwaltschaft bestattet werden. — Inzwischen hatte Daut, der in der allgemeinen Verwirrung entkommen war, noch weiteres Unheil angerichtet. Auf der Dorfstraße, in unmittelbarer Nähe der „Andreasschenke“, traf er auf den harmlos daherkommenden Begeleitarbeiter D. P. H., dem er ohne jeden Grund einen Stich in den linken Oberarm und einen zweiten in das Schulterblatt versetzte, der bis auf die Knochen ging. D. P. H. meinte noch: „Aber Mann, was habe ich Ihnen denn getan?“ Jedoch Daut schien von einem richtigen Wutdurst besessen zu sein. Wie ein Wüterich rannte er weiter und ließ bald auf den Fabrikarbeiter K. N. z. z., der sich auf dem Gehweg von der Arbeit befand. Auch diesem versetzte Daut ohne weiteres einen Messerstich in den linken Oberarm. Beide, D. P. H. und K. N. z. z., befinden sich in ärztlicher Behandlung in ihren Wohnungen. Daut war inzwischen nach Strehberg weitergegangen. Zum Glück hatten zwei Männer die Besonnenheit, ihm unauffällig zu folgen. Er ging zunächst in den Wärmbrunnen Hof und dann in die Kautschuk- und Glasfabrik „Zum schwarzen Adler“, in beiden Lokalen einen Sanitätsrat zu rufen. Dann . . .

von zwei Wirtsberger Polizeibeamten, die ihn auf dem Fabrikhofe herbeigeföhrt hatten, verhaftet wurde. Daut, der bisher aus nicht klar getreten war, behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Dieß ist aber, wie der vorstehend geschickte Sachverhalt beweist, vollständig ausgeschlossen. Im Übrigen ist Daut, der 41 Jahre alt und aus Strehberg gebürtig ist, schon mehrfach bestraft. Er zog, ohne einen festen Wohnsitz zu haben, meist bagabundierend in der Welt umher.

Der auf so entsetzliche Art verhorbene Wirtsberger Conrad war erst etwa zwei Jahre verheiratet und fand im Anfang der dreißiger Jahre. In dem Verhorbenen verliert die Arbeiterkassette einen Wirt, der sich trotz aller Einkürzungen nicht abhalten ließ, sein Lokal der Arbeiterkassette zu allen Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Reichenbach, 22. Oktober. Leichenraub. Als gestern Mittag Fabrikarbeiter die Uferstraße entlang gingen, bemerkten sie im Bellebad die Leiche einer Frau. Man erkannte in ihr alsbald die Frau des in der Niederstadt stationierten Polizeibeamten W. Anscheinend liegt Selbstmord vor.

Neurose, 22. Oktober. Ein Sittlichkeitsverbrechen wurde Sonntag Abend an der 82 Jahre alten Leihung R. von hier verübt. Sie war nach Reichenbach zur Kur gegangen und wurde von zwei Verweirtern auf dem Heimwege begleitet, da sie allein sich irrte. Mehrere hundert Meter vor der Walbiger Brauerei wurden die Mädchen von einem Manne eingeholt und in die Wälder genommen. Die zwei Begleiterinnen ließen sie im Stich, während die R. verfolgt und von dem Unbekannten niederknien wurde. Dabei scheint sie mit dem Kopfe an einen Strauchknast geschlagen und ohnmächtig geworden zu sein. Als die Straße, welche von den beiden Mädchen in der Walbiger Brauerei geholt worden war, betrat, suchte der Unbekannte das Weite, wobei er seine Mägen lieh. Da diese bekannt war und der Unbekannte auch am selben Morgen an dem Talorte nach ihr suchte, konnte er verhaftet werden. Es ist der Arbeiter Wittner aus Walbige, Vater von 8 Kindern, als Wählig bekannt und schon wiederholt wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft. Das überfallene Mädchen liegt im hiesigen Krankenhaus schwer krank darnieder.

Sagan, 22. Oktober. Tragisches Ende. Von einem jähen Tode wurde in Sagan am Sonntag die Witwe F. dahingerafft. Gerade während der Erziehung ihrer einzigen Tochter, welche sich mit einem Kaufmann aus Sagan verheiratete, wurde sie von einem Schlaganfall betroffen und war sofort tot. Frau F. war herzleidend und um jede Aufregung zu vermeiden, hatte sie der Trauung in der Kirche nicht beigewohnt, sondern sie wußte sich direkt zum Hochzeitsmahl begeben. Kurz ehe der Wagen, der sie dahin bringen sollte, eintraf, begab sich Frau F. in den Hof, um ihn warten zu erwarten. Pöblich ward ihr unwohl, sie sank zu Boden und war eine Leiche.

Gröden, 22. Oktober. Entbehrungslehre. Die am 21. d. W. abgehaltene Generalversammlung der Obdöhrer Arbeitergesellschaft für Eisenbahnarbeiter genehmigte den Rechnungsabschluss und setzte die Dividende auf 22 Prozent fest. Und die Arbeiter?

Roggenau, 22. Oktober. Verhaftung wegen Sittlichkeitsverbrechen. Der Buchhalter S., der sich erst seit kurzem hier befindet, wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen, beantragen an Schulmädchen, verhaftet und nach Uben ins Amtsgerichts-Gefängnis transportiert. Er soll die Kinder, die von auswärts nach hier zur Schule kommen, ins Gefängnis gelockt und an ihnen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Dadurch, daß sich die Kinder weigerten, Morgens zur Schule zu gehen, kam die verbrecherische Handlung des S. ans Licht.

Reichenbach, 22. Oktober. Unglücksfall ober Verbrechen. Montag wurde der 83 jährige Anskaler Rothmann in dem benachbarten Kreis zu tot aus dem Mühlgraben gezogen. In seiner Wohnung ist alles durchwühlt und in Unordnung vorgefunden worden, obgleich am Sonntag noch Angehörige zur Kirchweih bei ihm gewesen sind. Ob an dem Mann ein Verbrechen verübt oder derselbe verunglückt ist, dürfte die eingeleitete Untersuchung erst ergeben.

Geuthen, 22. Oktober. Die Geuthener Richter heißen Sühne bis ins dritte und vierte Glied. Der Genosse Dr. Heinrich Braun sollte in einem Artikel, den er 1906 in der „Neuen Gesellschaft“ veröffentlicht hatte, die Geuthener Richter beleidigt haben und er wurde dafür bestraft. Nun drückte derselben Artikel die „Frankfurter Volksstimme“ ab. Der Landgerichtspräsident von Geuthen stellte Strafantrag gegen alle Beteiligten. Darunter stand nun die Berliner Staatsanwaltschaft auch Genossen Braun als Schreiber des Artikels und sie lud ihn nochmals vor Gericht. Sie hatte jedoch hier keinen Erfolg, denn Braun wurde am 16. April er. freigesprochen. Der Staatsanwalt sah sich damit nicht zufrieden. Er legte Revision ein, die aber selbst der Reichsanwalt nicht für begründet hielt. Er meinte durch den Abdruck in der „Frankfurter Volksstimme“ sei eine ganz neue Beleidigung zwar mit denselben Worten aber durch andere Personen begangen worden, die mit der in der „Neuen Gesellschaft“ nichts an tun habe. Das Reichsgericht schloß sich dieser Anschauung an und es verwarf die Revision des Staatsanwalts.

Zarnowitz, 22. Oktober. Ebllicher Sprung. Infolge schlechten Abdringens von einem kleinen Pferdewagen, der von dem Bespannen zum Holztransport benutzt wird, zog sich der Geithenerausseher Wolkowitz, hiersebst, eine schwere innere Verletzung zu, die in einer Darmverwicklung bestand, an deren Folgen er noch im Laufe desselben Tages starb.

Kattowitz, 22. Oktober. Vom Automobil überfahren. Auf der von Wrynau nach Zawadowe führenden Straße wurde vorgestern Abend ein junger Mann durch ein Automobil überfahren und ihm ein Schädelfraktur zugefügt. Der Verletzte wurde mit dem Automobil in das Krapphofs-Lager nach Kattowitz geschafft, wo er ohne Bewußtsein darniederlag.

Kattowitz, 22. Oktober. Zur angeblichen Cholera-Erkrankung. Zu der choleraverdächtigen Erkrankung des im Polizeigefängnis untergebracht gewesenen Friseurs Hinderer wird mitgeteilt, daß auch die zweite vorgenommene Untersuchung ein negatives Resultat ergeben hat, und keine Choleraerkrankung gefunden wurden. Da aber noch eine dritte Untersuchung stattfinden muß, so ist jetzt schon mit Bestimmtheit anzunehmen, daß es sich um keine Cholera-Erkrankung handelt. Trotzdem bleibt Hinderer isoliert, ebenso wird die Sperre über das Polizeigefängnis, in welchem S. erkrankt, einstweilen noch nicht aufgehoben. Ein Gerücht von einer neuen Erkrankung einer anderen Person bewahrheitet sich nicht. Es wurde nur die Wohnung des Friseurs Hinderer, der mit Hinderer vor dessen Erkrankung zusammen war, einer gründlichen Desinfektion unterzogen.

Weseritz (Posen), 21. Oktober. Zur Reichstags-Verfassungswahl. Die „Germania“ empfiehlt für die bevorstehende Verfassungswahl in Weseritz-Damm ein Zusammengehen zwischen Polen und Zentrum und hofft bestimmt, daß auf diese Weise der Wahlkreis den Kontervativen entziffen werden kann.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Druckerei: R. W. Braunenstraße 5/6. — Verlag von Oester G. G. — Druck von H. Schreyer & Co. — sämtlich in Breslau.

Aus der Geschäftswelt.

Zu der am 22. d. W. Oktober stattfindenden Fiehung bei Hohen Kreis-Lotherte stellen am zweiten Tage folgende Gewinne, 100 000 M. auf Nr. 249312, 50 000 M. auf Nr. 24906, 5000 M. auf Nr. 54295, 318268, 10 000 M. auf Nr. 287477, 500 M. auf Nr. 3064, 21202, 22823, 28884; 28178, 65287, 62032, 74434, 91263, 183122, 156301, 191820, 197616, 284066, 301677, 511959, 115842, 319066, 830285, 831956. (Die Gewinne) Mitgeteilt durch das Bank- und Lotteriedeckungsamt. (Die Gewinne) Mitgeteilt durch das Bank- und Lotteriedeckungsamt. (Die Gewinne) Mitgeteilt durch das Bank- und Lotteriedeckungsamt.

Gewerkschaftshaus
Margaretenstr. 17.

Stadt-Theater.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Die lustigen Weiber von Windsor“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der Freischütz“.
Sonnabend, 8 Uhr:
„Salome“.

Lobe-Theater.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Wolfenranger“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der arme Bauer“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male:
„Die blaue Maus“.

Thalia-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
Welt-Verstellung:
Comedie B. G. Verstellung:
Der Schlafwagenkontrollleur.
Gegenstand:
Dumboldt-Verlehn (Abnehmen-Verstellung)
„Das Leben ein Traum“.

Schauspielhaus

Donnerstag, 8 Uhr:
„Jugendfreunde“.
Freitag, nachmittags 5 Uhr:
Selbstverlehnung zum letzten Male:
„Die Elster“.
Freitag, Abend:
Neuen Verlehnung zu
„Der Fürst von Maroffo“
gechlossen.

Liebich's Etablissement.

25. 1. Oktober:
12 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

Gaspiel: Blatzheim.
Ferner:
5 neue Attraktionen. 5
Anfang 7 1/2 Uhr.
Eens wochentags gültig.

Zeitgarten.

Dr. H. Krastnik.
Neues Programm!
Nordini
Der in der ganzen Welt Entzerrung erzeugende Entfesselungsmittel, kann das brill. Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Palmengarten.

Dr. H. Krastnik.
Oktoberfest
a la München.
2 Kapellen.
Entree frei!

Metallputz
Putzin
gibt den loch-ebenen
loch-ebenen
Allein. Fabrik.
Pritzschau z. J. A. - U. Lelzitz

Friedrich-Wilhelmstraße 72.
Va. Va. Kautabak
ist rühmlich bekannt
Carl Birkholz Nachf.
— Gegründet 1872. — 5814

Sonntag,
den 8. November,
auchm. 3 1/2 Uhr:

Gewerkschaftshaus, Margaretenstrasse 17.
Sonnabend, den 24. Oktober 1908:
Grosses Winzerfest in Rudesheim
veranstaltet vom
Deutschen Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Breslau.
Reichhaltiges Programm mit sensationellen Ueberraschungen. — Einzug der Winzer und Winzerinnen etc.
Entree im Vorverkauf: Herr mit Dame 50 Pf., einzelne Dame 25 Pf., an der Kasse: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.
Anfang 8 Uhr. Eintrittskarten im Büro zu haben. Ende ???
Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der **Mutarbeiter Georg Acker** 5022
im blühenden Alter von 28 Jahren 10 Monaten.
Dies zeigt schmerz erfüllt an
Die tieftrauernde Gattin nebst Kind.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Uferstrasse 14, nach dem St. Laurentius-Friedhofe.

Am 20. d. Mts. verchied nach längerem Leiden unser Kollege
Georg Acker
im blühenden Alter von fast 29 Jahren.
Er ruhe in Frieden!
Die Kollegen und Kolleginnen der Hutfabrik Rabatt & Guttmann.
Trauerhaus: Uferstrasse 14.
Beerdigung wird noch durch Zirkular bekannt gegeben.

Zentralverein der Mutarbeiter und Arbeiterinnen (Filiale Breslau).
Am 20. Oktober verschied nach langem Leiden unser Kollege
Georg Acker
im besten Mannesalter von fast 29 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Leicht sei ihm die Erde! 5028
Der Vorstand.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, die uns bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes in so reichem Masse dargebracht worden sind, sage ich, zugleich im Namen der Familie unsern herzlichsten Dank.
Breslau, im Oktober 1908.
Agnes Engert
geb. Drenckhahn.
5027

Achtung! Bei Einkauf von **Achtung!**
Musikwaren, Sprechmaschinen und Platten
Linoleum, Wachstuch, Bettfedern
Schnitt-, Woll-, Kurz- und Kolonialwaren sei
A. Schilperts Geschäft in Weißstein
Schulstrasse Nr. 86
Telefon 215.
Gartenstrasse Nr. 86

Für Donnerstag und Freitag
entwede ich von früher Zufuhr
Seelachs per Pfd. 23 Pfg., Bratschollen per Pfd. 23 Pfg.,
Helgoländer Angelfisch per Pfd. 23 Pfg.,
Rotzungen per Pfd. 35 Pfg.
Blendend weißen Cablian, Senfisch, Steinbutt,
Eezungen, großen Schellfisch,
Fischotelettes à Pfd. 45—60 Pf.,
lebende Hechte, Schleien, Aale, Karpfen, Forellen.
J. Friede Nachf., Gartenstraße
Gartenstraße Nr. 19.
Telefon 2457 und 3357.
Filialen: Markthalle I und II. 5030

Soeben erschienen!
Protokoll
über die Verhandlungen des Sozial-
demokratischen Parteitagess zu
Nürnberg
sowie Bericht über die Fünfte
Frauen-Konferenz
Preis brosch. 1.25, geb. 1.75.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung
Volkswacht.

Wilhelmsburg Neudorfstrasse No. 54.
Besitzer: Franz Hötzel.
Heute Donnerstag:
Tanz-Kränzchen.
Reizende Gegenstände b. d. Polonaffe gratis.
Saal an Vereine und ein Vereinszimmer zu vergeben. 5023

Wer lachen will, der komme ins
Reform-Kino
Schmiedebrücke 17-18
Tonbild-Theater.
Die lustige Woche!
Aussordern:
Natur-schönheiten in den Pyrenäen.
Eine Kahl-ort nach den Quellen des Tarn.
Die technisch vor-züglichen Aufnahmen geben ganz vortrefflich den Liebreiz jener weltfremden Gegend wieder. 5024

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.
Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Bienenarbeit, welche von der Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Besizende.
In gewerkschaftlichen Darstellungen, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse sollen in jeder Aufeinanderfolge die für den Arbeiter wichtigsten Abzünfte aus dem weiten Gebiet der Gezu oberstbepflege von erfahrenen Ärzten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzes bildet.
Bisher erschienen:
Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.**
2. **Das erste Lebensjahr,** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
4. **Der Achtfundentag,** von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse,** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrotschüre.
6. **Das Schulkind,** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten,** von Dr. Gebert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
8. **Nahrung und Ernährung,** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
9. **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. Paul Bernlein.
10. **Der Arbeiterschutz** mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene von Dr. M. Epstein-München.
11. **Frauenleiden und deren Verhütung.**
12. **Vom medizinischen Aberglauben,** von Dr. E. Theising-Magdeburg.
13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters,** von Dr. S. Munter.
Neu erschienen:
14. **Verhütung und Heilung des Stotterns,** von L. Jordan, mit einer Einleitung über Sprech- und Sprachstörungen.
15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie,** von Dr. Julian Marfusa.
16. **Zähne und Zahnpflege,** von Gertrud Kewald-Berlin.
17. **Bau und Lebensstätigkeit des menschlichen Körpers,** von Dr. Christeller-Berlin.
Jedes Heft 20 Pfg.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. Zu haben in der Expedition der Volkswacht und durch unsere Kolporteure.

Die Aufklärung der Kinder
über geschlechtliche Dinge
von Otto Rühle.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

18. Grosses Volks-Konzert

8 Pf. Reformier 4 Pf.
Glühendes Eisen und Mühleisen!
20 Mt. Belohnung able ich demjenigen, der mir meine Fahrabläterein über bringt, oder denjenigen nachweist, der diese bei vor meinem Geschäft abgehandelt hat.
Wähler, Wählerhandlung.
Hansen-Nählerin I. u. Kornetsky
Zingensstraße 11, 4. Etg. 5018

Gesucht sof. a. l. Der Leute, auch Frauen, m. Berreit. boheleg. Reub. östtl. Weib nachteart. über. Joh. Verd. f. Jedem. Ruß vollk. tollent. a. 3. (of. Horm. Wolf Zwickau (Sa.), Nordstr. 80. 4887

Achtung!
Vertragshaber verkaufe mein 1. guter Lage befindliches
Milch- und Buttergeschäft.
Offert. u. N. 8. 58. Grp. d. 3ig.

Pfänder-Auktion
Mitte November cr. [5014
Pfandleih-Institut
Matthiasstr. 113, 1. Etage

Reste-Tee
1/2 Pfd. 50 Pfg.
Teichmann & Co.
Schweidingerstraße 9,
jetzt Eng. Erlsitz. 4491
18 Geschäfte in allen Städten.

Für 1468
Zigarrenmacher!!
Alle Rohstoffe zur Zigarrenfabrikation empfohlen in grösster Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau 1, Hummerstr. 28.

Die Volksbühne wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1909
ist erschienen.
Preis 60 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Carl Smolka
Gummerei, erstes Viertel von der
Schweidingerstraße.

Programm 30 Pfg.

1. Beilage zu Nr. 249 der „Volkswacht“.

Freitag, den 23. Oktober 1906.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Oktober.

Geschichtskalender.

23. Oktober.

1801 Der Komponist Albert Vorlog in Berlin *.

1844 Der Maler Wilhelm Leibl in Köln *.

Behandlung erkrankter Schulkinder durch Schulärzte.

Eine wichtige Neuerung ist in Charlottenburg getroffen. Unbemittelte erkrankte Schulkinder können fortan von der Schulverwaltung unmittelbar den Stadtlärzten zur Behandlung zugeführt oder überwiesen werden, ohne daß die Eltern dadurch ihres Wahlrechts verlustig gehen. Wie die dortige Armen-direktion mitteilt, hat die Erfahrung gelehrt, daß in sehr vielen Fällen die von den Schulärzten für notwendig erachtete ärztliche Behandlung nicht erfolgt, weil die Eltern oft nicht die Mittel besitzen, einen Arzt zu bezahlen, auch durch ihren Beruf oft so in Anspruch genommen sind, daß ihnen die Zeit fehlt, die Kinder zum Arzt hinzubringen, häufig jedoch auch so gleichgültig sind, daß sie die zur Erlangung ärztlicher Behandlung notwendigen Schritte unterlassen. Die Gleichgültigkeit, von der die Armen-direktion in ihrer Verfügung spricht, dürfte wohl in den meisten Fällen die Folge mangelnder Aufklärung der Eltern sein. Um Wandel zu schaffen, soll nun zunächst das bisherige Verfahren der Kontrolle der Ausführung des von den Schulärzten notwendig Erachteten verbessert werden. Sodann ist der Versuch für einige Schulen eine Schulschwester angestellt worden, die die Ausführung der schulärztlichen Anordnungen überwachen und nötigenfalls die Kinder einem Arzt zur Behandlung zuführen soll. Vor allem erschien es notwendig, bei unbemittelten Kindern das Verfahren der Ueberweisung an den Stadtlarzt zur ärztlichen Behandlung möglichst zu vereinfachen. Wird, den bisherigen Vorschriften entsprechend, verlangt, daß die Eltern stets erst den Armenkommissionsvorsteher aufsuchen und von ihm einen Schein zur freien Behandlung erbitten, so unterbleibt in einer großen Zahl von Fällen die Behandlung überhaupt. Die Armen-direktion hat sich daher auf Antrag der Schulverwaltung damit einverstanden erklärt, daß solche Kinder unmittelbar von der Schule den Schulärzten zur Behandlung überwiesen werden können. Die Prüfung, ob die Angehörigen tatsächlich unbemittelt sind, erfolgt durch die Schule, nötigenfalls mit Hilfe der Schulschwester. Einem Krankenschein bedarf es nicht. Die etwa notwendigen Arzneien usw. können für Rechnung der Armenverwaltung verbucht werden. Falls eine spezialärztliche Behandlung notwendig erscheint, können die Stadtlärzte das weitere veranlassen. So dankenswerth und anerkennenswert die Neuerung auch ist, so wäre es doch wohl praktischer, die Kranken Kinder den Schulärzten und nicht den Stadtlärzten zu überweisen.

Neuer aus Schönborn.

Der Landrat von Breslau hält über die ungläubigen Aussagen der Herren v. Gossow und Lehrer Gregorek im benachbarten Schönborn nach wie vor seine schließende Hand. Aber es wird ihm nicht mehr viel helfen. Jetzt ist an den Regierungspräsidenten folgendes Schreiben zweier Einwohner von Schönborn abgegangen:

Am Auftrage des Gärtnereibesizers Alfred Reimann in Schönborn, dem sich der Schreiber dieses anschließt, erlauben wir uns dem Herrn Regierungspräsidenten folgende Beschwerde gegen den Lehrer von Schönborn, Herrn Paul Gregorek, zu unterbreiten.

Der Herr Lehrer befehlet außer seinem Lehramt noch mehrere Nebenämter. Er ist z. B. Standesbeamter, Ge-

meinde-Sekretär von Schönborn, Gemeinde-Sekretär von Ederdorf, Rechnungsführer des Rattfeisenvereins, Käufermüller (Schöpfe, Gollmann, Herr v. Gossow) und Hausverwalter (in Breslau). Infolge dieser Nebenämter reist der Herr Lehrer fast täglich nach Breslau, zumal er im Besitz einer Monatskarte ist. Es ist daher schon vorgekommen, daß er kurz nach Beginn des Unterrichts von Breslau zurückgekehrt ist. Dies ist sogar von der Frau Gemeinde-Vorsteherin Ueberück in Gegenwart von Herrn und Frau Reimann und der Frau Klade abfällig kritisiert worden. Der Herr Lehrer hat dem Unterzeichneten selbst einmal erklärt, daß er infolge dieser vielen Arbeiten Nachts bis 1 oder 2 Uhr arbeiten muß. Weil dadurch unendlich die Freude am Lehrerberufe gehoben werden kann, ist es auch schon der Fall gewesen, daß in Schönborn nach dem System a la Diebold unterrichtet worden ist und Kindern die Hände durchgeschlagen wurden. Wir nennen hier die Kinder der Gemeindeangehörigen Kebel, Kofewerl und Gollmann. Letzteren wollte der Herr Lehrer selbst einmal schlagen, als er in der Wohnung des Lehrers Protest erhob. Der Frau Leibkuffcher Frau Küster, die ihre älteren Kinder nicht mehr zum Handführen der Arbeit in die Schule schickte, erklärte der Lehrer: „Wenn Sie erst 6 Wochen werden in Schönborn sein, werden Sie ja wissen, mit wem Sie zu leben haben!“

Um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, erzählte der Reimann den Herren Adolf Heim und Adolf Scholz, daß er dem Lehrer das Handwort lehren werde, das heißt, er wolle es genau, wie es im Vorjahr Frau Krause gemacht hat, sich bei dem Herrn Regierungspräsidenten beschweren. Diese Erzählung hat der Lehrer, hinter dem Raum versteckt, belauscht. Kurze Zeit darauf sagte er in seiner Wohnung zu dem Schiedsmann Seine, daß ihm eine Körperverletzung an Reimann eine Kleinigkeit sei, daß er unter seinen Händen wimmern würde. Sollte (so sagte der Lehrer) Reimann sein Verhaben ausführen, gäbe es in Schönborn zwei unglückliche Familien, er würde vor nichts zurückweichen und Reimann den Revolver entgegenbrächten. Diese Verheerung hat er mehrmals wiederholt, und Herrn Seine erwidert es Herrn Reimann mitzutheilen. Und die Frau Gregorek hat Herrn Seine darum, weil ihr Mann zu allem fähig sei. Diesen Vorfall hat Herr Seine selbst dem Gemeinde-Vorsteher gemeldet, und Herr Reimann hat Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

Daß der Lehrer zu allem fähig ist, beweist die Tatsache, daß er schon einmal seinen Schwiegervater, Herrn Fischer in M. a., mit dem Revolver bedroht hat, was letzterer öfters im Dorfe, darunter der Frau Wolff und Herrn Hampel, erzählt hat.

Um uns vor den Gewalttaten des Lehrers zu schützen, bitten wir den Herrn Präsidenten, im Interesse von Mensch und Tier, um sofortige Entfernung des Lehrers nach einem anderen Orte. Wir können nicht absehen, daß der Lehrer nicht heuchelt, wenn er seinen Schülern das 4. 5. und 6. Gebot lehrt, wenn er den eigenen Schwiegervater mit der Waffe bedroht, wenn er als feldlicher Vamperhirt stets einen Revolver trägt, wenn er Sonntags sehr früh mit Damen, die nicht seinem Familienkreise angehören, von der Frau Reimann vor Breslauer Nachtcafé angetroffen wird, Nachmittags bei der Frau Kerel zur Verhöhnung geht, die Augen verdreht, und das Lied anstimmt: „Lacht mich anken, daß ich Resum möge leben.“ Einem solchen Lehrer können und dürfen wir nicht mehr unsere Kinder anvertrauen.

Achtungsvoll

für Herrn Gärtnereibesizer Alfred Reimann, J. A.: Th. Wolff.
Diesem schließt sich an:
Theodor Wolff, Dekorationsmaler in Schönborn.

Das in diesem Schriftstücke erwähnte Schreiben an die Staatsanwaltschaft hat folgenden Wortlaut:

„Hiermit bringe ich zur Anzeige, daß der Lehrer Herr Gregorek von Schönborn mich mit Mißhandlungen und mit dem Tode bedroht hat. Er sagte mehrmals zum Krüdererbesitzer Seine aus Schönborn: „Es wäre mir eine Wollust den Reimann unter meinen Händen wimmern zu sehen; auf eine Körperverletzung kommt es mir nicht an; zuletzt kommt dann der Revolver, zwei Familien müssen unglücklich werden.“ Die Frau des Lehrers sagte dann noch ausdrücklich zu Herrn Seine: Sagen Sie es Herrn Reimann, mein Mann ist zu allem fähig.“

weil und der Peruna überab. Das Schulhaus aber rufft das überarbeitete deutsche Schulhaus, das in Vorhagen-Nurmesbüren, nach um zwei Klassen. Es stellt einen zwanzigjährigen Gebäudekomplex dar, der in der äußeren architektonischen Ausgestaltung der Paulsen-entwürfe gemäß angeordnet und realisiert ist. Die innere Einrichtung und Ausstattung sind vornehm und zweckmäßig angeordnet. Die Mauern der Korridore und die der einzelnen Schulzimmer sind künstlerische Wandbilder. Dazu ist das Kistenkabinett mit allen modernen schultechnischen Geräten ausgestattet. Brandstufen, Terrassen, Fußböden, Zentralheizung usw. versehen. Der Bau hat 950.000 Mk. gekostet und ist im Laufe von fünf Jahren errichtet worden.

Großfeuer durch Gasexplosion. Gestern Morgen gegen drei Uhr entstand infolge einer Gasexplosion im Kohlenraum der städtischen Gasanstalt zu Landshut Großfeuer. Das Maschinenhaus und die Nebenzimmer wurden in die Luft gesprengt, die im Retortenbause beschäftigten Heizer Gerstl, Vollerauer und Schnellbädel wurden lebensgefährlich verletzt. Gerstl ist inzwischen bereits gestorben. Circa 600 Kubikmeter Gas mußten aus den Retorten ausgefassen werden, um weitere Explosionen zu vermeiden. Ebenso mußten aus dem Gasometer selbst 500 Kubikmeter Gas ausgefassen werden. Die Stadt Landshut ist bis auf weiteres ohne Gas. Der Schaden wird vorläufig auf über 30.000 Mark geschätzt. Die Explosion ist wahrscheinlich auf den Bruch eines Gasrohres zurückzuführen.

183 Soldatennußhandlungen. Vor dem Kreisgericht der 27. Division in Ulm stand vor kurzem der kräftige Vigelandweber und jegliche Eisenbahnkassierer Adolf Schilling unter der Anklage der Soldatennußhandlungen. Schilling ist im Mai 1906 vom gleichen Gericht wegen einer Reihe von Nußhandlungen zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden und büßt zuzeit diese Strafe ab. Zwischen sind durch eine Anordnung des Generalkommandos gelangte Anzeige weitere Nußhandlungen Schillings aufgedeckt worden, die schon acht bis zehn Jahre zurückgehen und mehr als 60 ehemalige Untergebene Schillings betreffen. Die in der Anklage angeführten Nußhandlungen, 183 zum Teil gewohnheitsmäßig fortgesetzte Handlungen, sind verübt worden durch Schläge mit Hand und Faust, mit Stock und Säbel ins Gesicht, auf die Finger, die Waden und Schenkel, ternere durch flache Hiebe mit dem gezogenen Säbel, durch Stoßen mit der Faust, den Stiefeln, dem Gewehrkolben, durch Gewehrpumpen bis zur Erschöpfung, wobei in einem Falle ein Unteroffizier aufpassen und die etwaige Anklage

Nach dem Charakter dieses Mannes (er hat unter anderem schon seinen Schwiegervater mit der Waffe bedroht) halte ich es für möglich, daß er seinen Worten die Tat folgen läßt. Er wohnt mir gegenüber, beobachtet mich scharf und trägt stets einen Revolver bei sich. Ich bin deshalb gezwungen den Gehn des Königl. Staatsanwaltschaft zu erbitten.

Achtungsvoll

Alfred Reimann, Gärtnereibesizer.

Infolge haben sich einige andere Bewohner des Ortes, darunter hochkonserbative Leute, dem Vorgehen des Landrats des Lehrers schriftlich angeschlossen und sich ebenfalls an den Regierungspräsidenten gewandt.

Ein allerliebster „Fisch“, das sich da im Bereiche des Landrats Michelhaus breitmacht!

Die Revolution des Haushaltes.

(Das erste Einfamilienhaus in Deutschland.)

In der Runo-Fischerstraße, in dem neu erbauten Charlottenburger Brachtwertel, erhebt sich ein halbes Duzend, in seinem Innern die Revolution des Haushaltes. Der „Vorw.“ berichtet darüber:

Von außen sieht man dem Gebäude nichts Merkwürdiges an, nichts verrät seinen originalen Charakter. Aber innen weist es eine Neuerung auf, die der älteren Hausfrauen-Generations in Entsetzen erschauern, der Jüngeren aber frohe ungeahnte Perspektiven eröffnet.

Ein großstädtisches, komfortables eingerichtetes Mietshaus mit einer Zentralfiche. Wirklich, nur eine Küche für alle Bewohner. Das heißt auf immerdar, werden in diesem Hause Hausfrauen sein von dem „heiligen“ Leiden des Kochens. Immer mehr wird angebrannter Milchreis ein Sakrifonament des gestrenghen Hausherrn ausbleiben, kein Schwarz „angehauchter“ Braten die heitere Mittagsstimmung tören. Fortan braucht sich die Frau nicht mehr das arme Stücken zu zermürren mit der schicksalsschweren Frage: wenn ich doch wüßte, was ich morgen kochen soll? Ach nein! Auf ein Zeichen wird der Aufzug „Herz, was berechtigt du!“ heraufbringen und die Hausfrau braucht bloß die duftenden Speisen in Empfang zu nehmen, um sie auf den Tisch zu stellen.

Das alte Märchen vom „Fischlein und Blümel“ hat seine Poesie eingebüßt, es ist zur Wirklichkeit geworden. Man geht ans Telefon und wünscht sich dies und jenes, was die Küche bietet und bald ist es auch zur Stelle.

Das neue Einfamilienhaus hat alle Annehmlichkeiten aufzuweisen, die man heute in den neueren luxuriösen Wohnhäusern zu finden gewohnt ist. Gas und Elektrizität, Warmwasser-Verorgung, Bad, Zentralheizung, selbsttätige Jalousien, Vakuumreinigung, selbst Dunkelkammer usw. fehlen nicht. Ein kleiner Kochraum bietet Gelegenheit, außer der Zeit Milch für Kinder oder dergleichen anzubereiten.

Der Preis für volle Tagesverpflegung ist auf 2,50 Mark für die Person oder 75 Mark pro Monat festgesetzt. Soll für Kinder von 2 bis 12 Jahren serviert werden, so kommen halbe Preise in Betracht. Ein genereller Abzug, sämtliche Mahlzeiten im Hause einzunehmen, besteht nicht, jedoch legt die Verwaltung voraus, daß jeder Bewohner die gewünschte nach Möglichkeit in Anspruch nimmt, da ja sonst die ganze Einrichtung ihren Zweck verlieren würde.

Von Morgens 7—10 Uhr wird Kaffee, Tee, Kakao oder Milch, je nach Belieben mit Gebäck und Butter vorgesetzt. Das zweite Frühstück kann ebenfalls leber nach Wunsch bestellt, eine Frühstückskarte wird in jeder Wohnung ausgeteilt. Die Mittagsmahlzeit wird zwischen 1 und 2 Uhr serviert und besteht aus drei bis vier Gängen. Zur Abendmahlzeit stehen bis 10 Uhr kalte und warme Speisen zur Verfügung. Bei besonderen Familienfeiern übernimmt die Zentralfiche ebenfalls die Verpflegung.

Sämtliche häusliche Arbeiten in den Wohnungen besorgt die Wirtschaftsverwaltung, auch steht Personal für die Beaufsichtigung der Kinder zur Verfügung.

Dieses System wird zweifellos in Zukunft sich Bahn brechen. Darauf läßt schon die Tatsache schließen, daß die Wohnungen schon im voraus vermietet waren und zurzeit schon zwei neue Einfamilienhäuser im Entstehen begriffen sind.

Für die unteren Volksschichten, wo die Mehrzahl der Frauen zwischen Berufstätigkeit und häuslicher Arbeit zerrissen wird, und wo dieses System segensreich wirken könnte, wird das Einfamilienhaus noch für lange Zeit ein Zukunftsraum bleiben.

Aus aller Welt.

Professoren und bürgerliche Justiz. Vor dem Brandenburger Straßengericht (Vorsitzender Landrichterdirektor Dr. Korfel-Borsdorf) hatte sich am Dienstag der Gelegenheitsarbeiter Konarow wegen Raub- und Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte war — weil er Hunger hatte — über den Baum einer Albede klettert, um von dort einen Hund zu stehlen. Der Bau eines Hundes überrascht und der Polizei übergeben. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus; das Gericht hing über das geleyliche Mindeststrafmaß von einem Jahr Gefängnis hinaus und erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Es gibt natürlich keine Klassenjustiz!

Die Kälte in Berlin. Die täglich eingezeichnete Wintertafel hält an, und das Thermometer sinkt von Tag zu Tag tiefer. Die Temperatur fiel in den Außenstädteilen und in den Vororten bis auf — 7 Grad Celsius und erreichte damit einen Zeitpunkt, wie er in dieser Jahreszeit seit Jahrzehnten nicht beobachtet worden ist. Die Kälte Kälte kennzeichnet sich besonders dadurch, daß das Wasser der Spree und der Spreeanale heute Morgen „rauchte“, eine Erscheinung, die durch den großen Temperaturunterschied zwischen Luft und Wasser hervorgerufen wurde. Die außergewöhnliche Kälte hat die Temperatur der größeren Gewässer darauf herabgelegt, daß am Vortag heute Morgen die ersten Eisdarstellungen beobachtet wurden.

Durch den starken Frost in der vergangenen Nacht ist in ganz Rußland auf den Feldern und in den Gärten beträchtlicher Schaden angerichtet worden. Die Temperatur sank bei scharfem Wind auf 5 Grad unter Null.

Verjüngungsbehandlung per Luftschiff. Der Luftschiff Thomas Baldwin plant die Einrichtung eines Verjüngungsdienstes für Patienten und Kräfte von Boston nach den benachbarten Städten, oder nach New York und Albany. Zunächst ist der Bau eines Fahrers beabsichtigt, das zwischen Boston und South Framingham (eine Fabrikstadt südwestlich von Boston) verkehren soll. Man glaubt den Dienst im Mai nächsten Jahres eröffnen zu können.

Das größte Schulhaus Deutschlands besitzt jetzt Rixdorf, das voranzen sein neues 72klassiges Volksschulgebäude ein-

eines Vorgelerten melden mußte. Das Gericht nahm die einen dort gelebte Handlungen an und verurteilte Schilling unter Einrechnung der bisher zurkannter Strafe wean 50 Verbrechen der Mißhandlung unter anderem in Anrechnung des Dienstes unter teilweise Anwendung der Waffe in zwei Jahren Gefängnis und Degradation.

Mehr als 2700 Menschen gestirbt. Nach den letzten Meldungen über den am 17. d. M. in Tschangtschun (Szechuan) aufgetretenen Laifu sind dabei über 2700 Menschen ums Leben gekommen und 8600 Häuser zerstört worden.

Bei einer Minensprengung im Expetal, unweit von Bergamo, wurden, wie ein Telegramm aus Mailand berichtet, zwei Arbeiter unter Felsblöcken begraben, die infolge der Explosion abstürzten. Der eine blieb augenblicklich tot, der andere wurde vermisst von den Steinhaufen befreit. Er erlag nach wenigen Minuten den Verletzungen.

Ein furchtbarer Orkan hat die amerikanischen Staaten Wyoming und Colorado heimgesucht. In Cheyenne wurde ein Eisenbahnzug aus den Schienen geworfen, zwölf Personen sind hierbei getötet worden. Der Materialschaden ist bedeutend. Auch eine Anzahl Personen hat leichte Verletzungen davongetragen. Im Norden von Colorado hat ein Schneesturm den Verkehr fast vollständig unterbrochen. Sechs Personen sind umgekommen.

Typhus in der französischen Marine. An Bord der Schiffe des Norddeutschen Lloyd in der Typus ausgebrochen. Zahlreiche Matrosen sind schwer erkrankt, Todesfälle sind jedoch nicht zu verzeichnen. Die umfangreichsten Maßregeln wurden getroffen, um ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern.

Ein Kampf zwischen Leopard und Niesenschlange. Die neueste Nummer der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ enthält folgenden Bericht, der ihr aus Äthiopien, im Nordwesten der Kolonie, zugegangen wurde: Ich sah bei einem mir bekannten Farmer beim Frühstück, als plötzlich ein schwarzer Arbeiter in größter Aufregung in das Haus gestürzt kam und uns fast atemlos erzählte, draußen lämp ein Leopard mit einer Niesenschlange. Als wir hinausstritten, sahen wir den arabischen, aber flammanden Kampf aus nächster Nähe. Ein aussehender Leopard war von einer ausgewachsenen Niesenschlange angegriffen und umklammert worden. Gevertachte durch Bissen und Schlangen mit der Lage sich von der einen Umklammerung frei zu machen, aber der lebendige Ring schloß sich immer enger. Wild peitschte die Schlange bei jedem Biss oder Schlag des Leoparden mit ihrem Schwanz und wühlte das Erdreich auf. Ihre atzende Haut hina an manchen Stellen in Fetzen

Die Reichsverbandsmethode vor Gericht.

(Ein Prozeß von grundsätzlicher Bedeutung.)

Kassel, 15. Oktober.

Eine interessante Prozeßsache beschäftigte heute zum dritten Male die hiesigen Gerichte. Die Urgeschichte des Prozesses ist, kurz skizziert, folgende:

In den Monaten September bis Dezember 1907 erschienen im „Kasseler Volksblatt“ acht teils spaltenlange Artikel und Notizen, in welchen die perfide Methode des reichsverbändlerischen Kampfes in der schärfsten Weise gebrandmarkt wurde. Unter anderem wurde das „Schosse Gebahren jener reichsverbändlerischen Gelben“ an den Pranger gestellt, die „Vorläufer der Sozialdemokratie verleumden und mit Rot beverfen“. Unter der Überschrift „Politische Giftmischer“ wurde auselandergekehrt, daß da, wo der Reichsverband in die Politik eingreift, es mit der sachlichen Auseinandersetzung politischer Gegner vorber ist, daß da die

Verhöhnung, die Lüge und Intrigue

beginnt. So habe denn auch der liberale Verein in Schöneberg lebhaft gegen das Vorgehen des Reichsverbandes protestiert und der bürgerliche Münchener Anzeiger habe geschrieben,

„Der Reichsverband eine Orkanstation ist, die durch ihre Prinzipienlose und unaufrichtige Kampfmethode die politische Erziehung unseres Volkes auf das Meißteste erschwert.“

Jeder anständige Mensch, so fügte unser „Volksblatt“ hinzu, muß dieser Reichsverbandsspyschenschaft entgegenreten.

In einem anderen Artikel wurde die Art, wie der Reichsverband Mitglieder zu werben und Gelder einzutreiben belächelt, gelächelt, und von einem parteigedünstigen Arbeiter, dem der Reichsverband neben einem Jahresbeitrag auch noch eine „einmalige Spende“ von 10 Mark abzunehmen gedachte, wurde gesagt der Genosse würde „eher alles andere tun, als das dreckige Reichsverbandshandwerk mit seinen Notgroßen zu unterstützen. Welter wurde ein „Reichsverbandsspiegel“ an den Pranger gestellt, der in Hannover von dem Reichsverband gebunden worden war.

„Aus der Substanz des Reichsverbandes“ wurden in einem anderen Artikel einige tüchtige Kostproben serviert und belächelt, daß „so ziemlich alle anständigen Leute“ Gegner des Reichsverbandes seien. In einem siebenten Artikel wurden die reichsverbändlerischen Martyrernichter beruht und nebenbei bemerkt, daß die immer wiederkehrende Abkürzung R.-V. nicht etwa „Rind-Vieh“ bedeute. In einem achten Artikel endlich wird der Plan der Errichtung von fliegenden Reichsverbands-Rebnerschulen, in denen „R.-V.-Bloten“ zu Rebnern wider die Sozialdemokratie hergerichtet werden sollen, satyrisch besprochen.

Durch diese Artikel fühlten sich 22 Vorstandsmitglieder der Kasseler Filiale des Reichsverbandes — von dem Vorsitzenden General v. d. Boeckh bis hinunter zu dem Arbeiter Werner — beleidigt. Sie wandten sich an den Staatsanwalt zwecks Eröffnung eines Verfahrens „im öffentlichen Interesse“ wurden aber

von der Staatsanwaltschaft abgewiesen.

so daß sie den Weg der Privatklage gegen den Genossen Redakteur Gauschilb beschreiten mußten. Sechs der Herren fühlten sich nun nicht mehr beleidigt, sondern traten von der Anklage zurück, während der von den übrigen 16 Reichsverbändlern angelegte Privatbeleidigungsprozeß am 12. April 1908 zur Verhandlung vor dem Schöffengericht kam. Der Anwalt der Herren, das Reichsverbandsvorstandsmitglied Dr. Weis, wollte sich die Sache recht leicht machen und jedes politische Moment ausgeschaltet wissen, da es sich nach seiner Meinung um eine Reihe schwerer formaler Beleidigungen handelt, über deren Strafbarkeit doch gar kein Zweifel bestehen könne. So leicht kamen die Klagen den Herren aber nicht davon. Gauschilbs Verteidiger, Genosse Dr. Franz-Mannheim, hat den Beweis dafür an, daß Leute der verschiedensten politischen Richtungen sich abgesetzt haben durch die Kampfmethode des Reichsverbandes, die

für unser politisches Leben, für das sittliche Empfinden der Nation schwer schädigend gewirkt habe. Das Schöffengericht beschloß denn auch — zu nicht geringem Erstaunen der Reichsverbändler — die Aufhebung der Verhandlung zwecks Beweishebung darüber, daß die Kampfmethode des Reichsverbandes unaufrichtig und widerwärtig.

In der Schöffengerichtssitzung vom 2. Juni sollte dieser Nachweis geführt werden. Genosse Gauschilb erklärte, daß die Artikel sich nicht gegen die klagenden Vorstandsmitglieder der Kasseler Filiale des Reichsverbandes wenden. Das gehe aus ihrem Inhalt unwiderleglich hervor. Es handle sich lediglich um eine Kennzeichnung der unqualifizierbaren Methode des Reichsverbandes, erläutert an besonders markanten Stellen. Der Verteidiger, Genosse Dr. Franz, sagte, die Sachlage sei so, daß wenn überhaupt jemand, dann nur der Reichsverband beleidigt sein könne, und zwar ohne jede Ausnahme in seiner Gesamtheit als Verband. Es bleibe aber im Geseh ausdrückliche, daß mit Ausnahme von Behörden nur physische Personen, nicht aber Vereine beleidigt werden können. Da die Mitgliederzahl des Vereins eine fluktuierende sei, könne man nicht den Schutz des Gesetzes für einen Teil der Mitglieder anrufen, zumal die Vorwürfe des Artikels sich nicht gegen die klagenden Reichsverbändler richteten, sondern die Gesamtheit der Mitglieder betroffen haben, d. h. nur insoweit sie mit der Methode und Kampfmethode des Reichsverbandes einverstanden seien.

Da das Gericht sich trotz der gegenteiligen Meinung des reichsverbändlerischen Anwalts sich dieser Auffassung über die Rechtslage angeschlossen, so konnte leider von dem umfangreichen Material zum Beweise der perfiden Kampfmethode des Reichsverbandes nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht werden. Immerhin sei festgehalten, daß Genosse Dr. Franz die Verlesung des Reichsverbandesflugblattes Nr. 35 beantragte, in dem sich in Bezug auf die Sozialdemokratie folgende Ausdrücke befinden:

„Was schämt sich, Was verrät sich!“

„Zweifelhaftes Kumpagne“. „Der Genosse darf der schäbigste Schuft sein, wenn er nur auf das Parteiprogramm schwört“. „Leute, die mit der ehrlichen Arbeit meist auf einem sehr gepannten Fuße stehen.“ „Unfähige faule Elemente mit losem Mundwerk“. „Freche Schmeuzer“.

Mit Bezug auf Deibel wird gesagt:

„Ein solcher Umfurgwüterich, der keineswegs positive Arbeit leisten will und kann, steht nicht höher als ein Brandstifter“. — Sozialdemokratischen Arbeitern ist die Pflege des Bauches das höchste Lebensziel. Sie sind im Essen und Trinken oft viel unnütziger, als die Kreise des bürgerlichen Mittelstandes“.

4. In der Flugchrift Nr. 3 des Reichsverbandes vom Jahre 1906 findet sich mit Bezug auf die sozialdemokratische Presse, in welcher der Angeeschuldigte tätig ist, folgende Behauptung: „Die sozialdemokratische Presse bedarf der Dage, der Beleidigung und der Schrafschneiderei, um zu wachsen“.

Wie eine Bombe schlugen diese Beweisankträge unter den im Gerichtssaale anwesenden Männern ein. Geradegu harmlos erschienen diesen Gemeinheiten gegenüber die paar kräftigen Worte und drastischen Wendungen in den Volksblatt-Artikeln, durch die Gauschilb die 16 Reichsverbändler angeklagt beleidigt haben soll.

Der Ausgang des Prozesses vor dem Schöffengericht war denn auch die

Freisprechung Gauschilbs.

Zur Begründung des freisprechenden Erkenntnisses führte das Gericht aus:

„Nach geltendem Recht kann eine Personengesamtheit, abgesehen von dem Ausnahmefall des § 196 Str.-G.-B., der hier nicht in Betracht kommt, nicht beleidigt werden. Es ist aber auch anzuerkennen, daß eine Mehrheit von Personen dadurch beleidigt werden kann, daß der Täter sich

gemacht ist in seinem Interesse und seiner geistigen Beschäftigung, und daß die Frau in den besten Jahren ihrer Entwidlung immer gebunden und immer vollumfänglich durch Haus- und Kinder, weit, weit hinter dem Manne zurückgeblieben ist. Und hätte sie später, als sie freier wurde, noch genug Elastizität haben sollen, um dem Manne nachzustreben? Oder hätte der Mann die Liebe und die Gebuld haben sollen, sie nachzugehen? Wer will einem von ihnen den Vortour der Schuld auswälzen? Und die Entfremdung war ja doch schon so groß ...

Die Entfremdung wird nicht immer in jeder solchen Ehe deutlich gespürt. Aber deswegen besteht sie doch in so traurig vielen Ehen. Und der Mann mag sein Herz lange vor der bitteren Erkenntnis verschließen; aber er leidet doch unter dem Mangel eines mitarbeitenden, mitdenkenden Wesens im eigenen Hause. Er leidet mehr unter der Entfremdung als die Frau, denn als der Höherstehende kann er besser absehen, wie groß die Kluft ist, als der Weiterbildende fühlt er öfter, wie wenig er verstanden wird. Er hilft sich schließlich mit Schweigen, aber ab und zu wird seine Sehnsucht zu bitterem Groll und zu ungerechter Verachtung. Und wenn er in Verfammlungen hört und in Büchern liest, daß die Frau eine Kameradin des Mannes werden soll, da lächelt er bitter; er glaubt nicht an diese Zukunftsmusik.

Es ist eine müßige Frage, ob für den das Leid der Liebe größer ist, der in jungen Jahren in ungefüllter Sehnsucht herumläuft und schließlich auf das Liebesglück mit einem gleichstehenden Weibe verzichten muß, oder für den, der in unreifer Jugend sich gebunden hat und dann doch den Weg durchs Leben hindurch einsam bleibt. Groß ist das Leid in jedem Falle, und wundervolle Kräfte, die nur im Glück der Liebe und der Gemeinschaftlichkeit sprossen können, gehen in solcher Resignation zugrunde.

Es ist auch eine müßige Frage, wieviel der einzelne Mann und die einzelne Frau hätten tun können, um die Entfremdung

einer Kollektivbezeichnung besteht. In diesem Falle muß jedoch erwiesen werden, daß der Täter den Kollektivnamen geteilt hat, um damit die sämtlichen Personen zu treffen, die unter den Kollektivbegriff fallen. Die Beleidiger müssen den Vorwurf gehabt haben, mit der Kollektivbezeichnung alle einzelnen Personen zu treffen, welche unter den Begriff fallen, oder es muß dem Angeklagten nachgewiesen werden, im Falle nicht alle unter einem Kollektivbegriff stehenden Personen getroffen werden sollen, welche bestimmten Personen aus dieser Gesamtheit er hat beleidigen wollen, und daß gerade die Kläger diese bestimmten Personen sind. (Zu vergl. Entsch. d. Reichsgerichts in Nr. 11, 247, XXXI 135, und R. M 506).

Da das Gericht nicht die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß Gauschilb unterschiedslos sämtliche Mitglieder des Reichsverbandes hat beleidigen wollen, und daß er gerade die klagenden 16 Reichsverbändler in seinen Artikeln gemeint hat, mußte die Freisprechung erfolgen.

Die Reichsverbändler legten Berufung ein, und so mußte sich die Strafkammer zu Kassel heute abermals mit der Sache beschäftigen. Mit Rücksicht auf die Begründung des in erster Instanz erteilten Freispruches handelte es sich heute nur um die Erörterung der rechtlichen Seite des Prozesses. Genosse Dr. Franz stellte sich auf den Boden des freisprechenden Erkenntnisses, während der Reichsverbandsanwalt Dr. Weis Entschuldigungen des Reichsgerichts heranzog, denen zufolge jedes Mitglied einer Personengesamtheit durch eine Kollektivbeleidigung getroffen werden könne und das Recht zu klagen habe. Genosse Dr. Franz entgegnete, daß diese Auffassung rechtsirrtümlich sei; wo das Reichsgericht so entschieden habe, sei die Personengesamtheit territorial begrenzt gewesen. Dieses wesentliche Merkmal der strafbaren Kollektivbeleidigung fehle hier und es handele sich nur um Verhöhnungen, die gegen den Reichsverband in seiner Gesamtheit gerichtet waren und nicht strafbar seien.

Der neu hinzugekommene zweite Verteidiger des Reichsverbandes, Dr. Regular-Altona, der Mitglied des Hauptvorstandes des Reichsverbandes ist, hatte die Aufgabe, den heutigen Prozeß politisch auszufrachten. Zu fürchten hatten wir diese Absicht nicht. Da aber im jetzigen Prozeßstadium dieses Vorhaben sachlich unbegründet war, mußte Herr Dr. Regular auf die Ausführung seiner Aufgabe verzichten und sein äußerst umfangreiches Material wieder einpacken.

Herr Dr. Weis hatte um eine hoch zu bemessende Freiheitsstrafe gebeten. Das Gericht beschloß, die Verhandlung auszuheben und das Urteil am Donnerstag den 22. Oktober d. J. zu verkünden.

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter französischer Parteikongreß.

Am Donnerstag wurde der fünfte Kongreß der geeinigten sozialistischen Partei Frankreichs in der alten Hauptstadt der Provence, in Toulouze, eröffnet. Als Verhandlungssaal diente eine frühere Kirche, die später als Hörsaal der Toulouser Fakultät verwendet wurde und in welcher Jaures selbst Vorträge gehalten hat, als er noch nicht das Ratgeber mit der Parlamentaristik vertauscht hatte.

Unter den aus allen Teilen Frankreichs herbeigekommenen 251 Delegierten befanden sich die Parteiveteranen De Villant, Lafargue, Allemane, Jaures, Delory und Brade Guesde, der eine für durchmacht, und der andere eine „Armeebeleidigung“ abließt, fehlen.

Aus den vorliegenden Rechenschaftsberichten entnehmen wir, daß die Zahl der Parteimitglieder um 1111 gestiegen ist. Die Zahl der entnommenen Jahresarten stetig allerdings bedeutender, von 52.913 auf 56.153. Die Einnahme der Zentralkasse aus Mitgliedsbeiträgen stetig von 30.621 Franks auf 37.207 Franks. Bei den beschlossenen Gemeinderatswahlen hat die Partei über 500 Rathäuser erobert und etwa 3800 Gemeinderäte durchgebracht. Aus dem Bericht der Parlamentaristikommission geht die Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Reformarbeit und der wachsende Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien hervor. Die Parteibuchführung hat u. a. 80.000 Broschüren und Bücher abgesetzt und einen Ueberschuß von 4597 Franks erzielt. Genosse Dubreuilh eröffnete um 11 Uhr den Kongreß. Nach einer Begrüßungsrede des Genossen Desballez namens der Toulouser Parteioffiziere wurden die Genossen Sembat, Groussier und Delory zu Präsidenten gewählt. Die 251 Delegierten vertraten 324 Mandate. Den Bericht des Parteivorstandes

zwischen sich aufzuhalten. Wo die Lebensverhältnisse, die Berufsverhältnisse Mann und Weib so weit auseinanderführen, da muß die viel Liebe und viel Energie entgegengebracht werden. Und wer will die von müden Frauen und von abgehehnen Männern verlangen? Die Gegengewichtsnot wird zu einer hohen Forderung an die Zukunft, daß sie für Mann und Frau gleiche Entwickelungsmöglichkeiten schaffe und nicht mehr immer die eine an die enge Not des Hauses festbinde, wenn der andere sich hinaus-schwingen kann zu reinerer Erkenntnis und edlerem Begehren.

Inzwischen aber mögen wir uns jeder Gelegenheit freuen, die Männer und Frauen zu gemeinsamer Arbeit zusammenführt. Und wenn es nichts weiter ist, als daß in Zukunft Männer und Frauen von derselben Organisation umschlossen sind, daß sie die gleichen Vorträge hören, die gleichen Beratungen anstellen, daß sie den Abend zusammensitzen im Beisein, statt getrennt in Küche und Wirkstube; es ist doch ein kleines Mittelchen dazu, daß es fortan ein bisschen weniger Entfremdung zwischen Mann und Frau gibt, daß die Frau in die weitere Welt des Mannes hineinwächst. S. W.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 47. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Ballan-Krise. — National-Physiologie oder Klassen-Standardpunkt? Von P. Troglu. — Die Präsidentenwahl und die Parteien in den Vereinigten Staaten. — Von Alcegon Lee. — Die zweite Druckschrift über die Verfassung der Privatangehörigen und die Arbeiter. Von Paul Lange (Hamburg). — Ein Arbeiter über die Arbeiterbildung. Von Franz Höcker. — Leipziger Wohnungsfragen. Von A. Kästlich (Potsdam). — Literarische Rundschau.

Das Ergänzungsheft Nr. 4, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Eine Geschichte der Kriestkunst. Von F. Wehring. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Raporturen zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Entfremdung.

Als sie sich heirateten, waren sie beide jung, beide unzeit, selbe Lebensumlung. Sie hatten beide noch nichts weiter erlebt, als eine unfreundliche Jugend, eine strenge Schule, eine dauernde Not, ein erzwungenes Arbeiterleben in der Fabrik, eine kurze todernde Liebe. Dies wenigste hatte sie nicht sehr tief, nicht sehr weite, nicht sehr glücklich gemacht — aber es hatte ihre Anknüpfung von Welt und Leben gleichförmig gemacht, hatte ein verwandtes Gefühlsleben bei ihnen bewirkt, hatte sie auf gleicher geistiger Entwicklungstufe gehalten. Als die Liebe kam, fand sie bei ihnen viel Technisches, viel Gleiches, und die Ehe wurde von beiden geschlossen in dem seltsamen Glauben, daß eine ungestörte Sympathie ein Leben lang aushalten müsse.

Aber heut steht der Mann hier und die Frau dort. Die kurze todernde Liebe ist vergessen, die gleiche Grundlage des Lebens ist nicht mehr da. Das Leben hat die beiden nicht zusammengehalten; es hat sie auseinander geführt. Und heut ist die Entfremdung offenbar und nicht mehr zu beistigen.

Und warum? Weil der Mann noch eine Entwicklung erlebt hat und die Frau nicht. Der Mann hat Welt und Leben noch kennen gelernt, die Frau hat abseits gesehen von Welt und Leben. Der Mann hat gesehen, gelernt, gedacht, die Frau hat gefordert, gemeint, gebetet. Der Mann hat weiterlebende Gedanken in sich hineingetrunknen, die Frau hat sich an Nachbarnen-Klaß und Zeitungsgewäsch genährt. Der Mann ist längst über die Enge seines Berufs hinausgewachsen, er ist Vertrauensmann, Agitator, er wird sicher noch wachsen an Einfluß und an Tätigkeitsumkreis; die Frau ist geblieben, wo die Ehe sie gemacht hat: das Hausmütterchen, die Sorgeumutter, die Haus-arbeiterin.

Es gibt unter den proletarischen Ehen viele, die diesen Zustand tragen: daß der Mann durch seine Einführung in das politische Leben oder die gewerkschaftliche Tätigkeit ungemein

Aus Schlesien und Posen

Ein selbsterhaltendes

Die Berliner Montags-Zeitung „Tribüne“ schreibt folgendes:

Ein Mann, der sich selbst als einen unverbesserlichen Stockkonservativen bezeichnet, dem deshalb begrifflicherweise die ganze Richtung der „Tribüne“ nicht paßt, der aber doch einige gute Punkte an ihr lobt und ihr vor allen Dingen zugestimmt, daß sie sich nicht wie die konservativen Zeitungen durch „Bedenkens- und Rücksichten“ leiten läßt, sendet uns aus Neugier einen Brief, dessen Inhalt aus verschiedenen Gründen der Veröffentlichung wohl wert erscheint. Nach einer erläuternden Einleitung schreibt er:

Ich erlaube mir nun zu Ihrer Kenntnis zu bringen, auf welche Weise in der Stadt Pleschen das Verbrechen der Armut öffentlich an den Pranger gestellt wird. Ich brauche wohl kaum zu versichern, daß die betreffende Maßregel gleich mir von dem anständig denkenden Teile der Bürgergesellschaft auf das schärfste mißbilligt wird. Mein ansehender Stelle denkt man anders und will erst den letzten Deut der öffentlichen Meinung an sich heran kommen lassen, ehe man sich zu der sehr notwendigen Veränderung entschließt.

Ich war neulich im hiesigen Städtischen Krankenhaus und habe da eine Beobachtung gemacht, die mir wenig gefallen wollte, und die ich der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten will. Am Kopfbette der Betten in der dritten Klasse, wo hiesigen Kranken sich befinden, die bei der Wahl ihrer Eltern seiner Zeit nicht die nötige Vorsicht haben wollen lassen, prangt eine schwarze Tafel mit weißer Schrift, sehr ähnlich demjenigen, die wir vielbesprochenen Agrarier in unseren gut gehaltenen Anstalten der Ordnung wegen für ihre Vieh anbringen lassen. Dort aber, wie gesagt, handelt es sich um Menschen. Um arme Menschen freilich. Aber man bekommt noch mehr zu sehen und zu lesen (notabene wenn man kein Partisaner noch Kenner ist, die ja an dergleichen häßlichen Dingen mit zunehmenden Augen vorübergehen oder ... fahren). Da gibt es nämlich Tafeln mit der wörtlichen Aufschrift: für das Befinden des Kranken in der Zeit ja recht vorteilhaftes Mittelung: Öffentliche Kosten!

Man muß hier wissen, daß Pleschen eine gut christliche Stadt ist. Sie hat erst unlängst eine neue evangelische Kirche dem Gedächtnis des Kaisers Friedrich III. und eine katholische der St. Dreifaltigkeit geweiht. Mühte also eigenlich wissen, daß die linke Hand nicht erfahren soll, was die rechte tut. Die „Möglichkeit“ hiesiger Nebenstadt aber geschieht, wie Figuren zeigt, unter Umständen sehr öffentlich, sehr breit, sehr wenig artig. Vor allen Dingen wird es dem armen Sünder weiß auf schwarz gegeben, daß er ein armes Luder ist, das nicht bezahlen kann. Und da kann ich mir eine kleine Frage denn doch nicht verkneifen: Herr Kleines, Herr Walow (die Geißlichen, die das Krankenhaus besuchen, v. Med.), sehen Sie das nicht? Müß man Ihnen eine Brille leihen, damit Sie tunne werden, daß hier dem berechtigtesten Ehr- und Parteidie der bedauernswerten Kranken auf eine unsagbare Weise zu nahe getreten wird?

Doch es kommt noch besser: besagte Prangerbilder werden auch dann angebracht, wenn die Angehörigen die Kosten tragen, wenn es also gar nicht einmal wahr ist, daß die „Öffentlichkeit“, das heißt die Stadt, die Kosten bestreitet. Es kann nämlich vorkommen, daß eine Familie nicht sofort in der Lage ist, die unter Umständen recht beträchtlichen Kosten (z. B. für eine notwendige Operation) zu erwählen. Später aber trägt sie die Kosten teilweise auf Heller und Pfennig ab. In solchen Fällen hat die Stadt das Geld hoch lieblich voranzuschießen, aber das nimmt mehr selbst bezahlt. Trotzdem heißt es: auf öffentliche Kosten! Trotzdem muß der Kranke an den Pranger!

Item: Ich bin zwar ein Konservativer, aber dergleichen muß ja die Leute empfinden, und dazu kann man unendlich ja und Amen sagen. Die ehrenhafte Armut darf nicht an den Pranger; selbst kann nicht, wenn dadurch die Möglichkeit schwindet, einen künftigen Pöbel auf dem Wege dieser wenig zarten Pressung zu seiner Bildung zu bringen. Man darf eben, ohne selbst unanständig zu werden, niemals einen Anständigen leiden lassen. Das ist meine gut konservativ Ansicht. Eder zwei Schelmen forragen lassen, als einem Ehrlichen Unrecht tun.

Diese Ausführungen zeigen, daß der konservative Briefschreiber im Gegensatz zu vielen seiner Parteigenossen die Armen nicht als minderwertige Menschen behandelt wissen will, daß man ihnen ihre Mittellosigkeit nicht zum Vorwurf machen soll. Der Pranger im Plescher Krankenhaus ist zweifellos schwarz zu beurteilen. Welchen Zweck verfolgt diese öffentliche Zeitschand? Soll sich etwa der Arzt um diesen Kranken weniger kümmern? Oder sollen sie vom Regenerat als schuldlos betrachtet werden oder dürftigeres Essen bekommen?

Es gibt aber noch schlimmere und allgemeynere Brandmarkungen der Armut. Was sagt der konservative Herr, wenn er seine Parteilichkeit absetzt, um Befehle dazu, daß die Empfänger öffentlicher Unterstützungen ihrer künftigen bürgerlichen Rechte verlustig gehen? Was sagt er fernerhin dazu, daß die meisten Volksgenossen, die bei der Wahl ihrer Eltern nicht die nötige Vorsicht haben wollen lassen, auch bei der Wahl zum preussischen Landtage mündigen Meutes sind?

Welch wunderbare Blüten das in Staat und Kommunen altes Geld als wahrrechtzeitig — es wächst dabei öffentlich der Geldsack. Die Person ist mir das Wertvolle, hat sich kürzlich wieder in Gien gezeigt, wo durch den Eintritt des Herrn Krupp von Bohlen-Salbach die Zahl der Wähler in der ersten Klasse von 174 auf 27 gesunken ist. Obwohl der Gatte der Verfa Krupp nur die Hälfte seines Einkommens in Gien verdient. Die andere Hälfte der Steuern fließt in die Kasse der Gemeinde Bouleyn, zu der die Villa Sülze, der Wohnsitz der Krupps, gehört, und die Gebäude- und Gewerbesteuer des Kruppischen Unternehmens werden vom Wert selbst bezahlt. Sind solche Entschuldigungen der Armen nicht noch viel schlimmer, als der angelegte Mißbrauch im Plescher Krankenhaus? Aber alle diese Ungerechtigkeiten werden bemerkt hierzu mit vollem Recht das oben genannte Wort, von den Konservativen nicht nur gebildet, sondern verteidigt; denn's nicht anders, sogar durch brutale Gewalt!

Landesherr, 22. Oktober. Abgeschlagen. Die Evert über die Bauten des Bauweilers Weiner ist aufgehoben. Die Verhandlungen ergaben folgendes Resultat: Weiner stellt sämtliche noch anzuwendenden Manrer und Bauhilfsarbeiter wieder ein. Lohnregulierungen werden nicht vorgenommen, und Entlassungen dürfen nur erfolgen, soweit Arbeitsmangel dazu berechtigt. Eine stark besuchte Bauarbeiter-Versammlung hielt diese Abmachungen gut und beschloß, daß Mittwoch irch die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen wird.

Kosten, 22. Oktober. 45 Meter hoch abgestürzt. Bei den Dacharbeiten am Wasserwerk des hiesigen städtischen Wasserwerkes war auch der Zimmermann Anton Borowal aus dem nahen Kieljewo beschäftigt. Bei der am Dienstag Morgen herrschenden Kälte hat Borowal jedenfalls versucht, durch Ueber-schlagen der Arme sich zu erwärmen; dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte vom Dach 45 Meter tief hinab. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Der Verunglückte war erst 24 Jahre alt und hinterläßt seine Ehefrau mit fünf un-verheirateten Kindern im Alter von 7/9 Jahren.

In der Bremer Zeitung liegt es nun, den Posten nachzuweisen und am 10. September durch eine Anzahl von Sozialdemokraten auch der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung etwas mehr Leben und Bewegung einzubringen.

Die Potemkin-Männer in Sicherheit. Das Hamburger „Echo“ meldet: Wir freuen uns, den Lesern mitteilen zu können, daß die vor einigen Wochen in Hamburg beherbergten 29 Matrosen des russischen Rebellenschiffes Potemkin auf dem Wege nach Schweden sind, wo sie binnen kurzem einreisen werden. Es ist dafür gesorgt, daß sie dort gut aufgenommen werden und Rat und Hilfe zur Ordnung einer Erlösung finden.

Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg. Die Stadtverordneten-Verhandlungen im fünften und achten Bezirke der dritten Wählerabteilung fanden gestern statt. Das Ergebnis war: Die liberalen Kandidaten erhielten 536 Stimmen, die Sozialdemokraten 740 Stimmen; mithin sind beide Sozialdemokraten gewählt. Im 8. Bezirke wurden zwei Liberale gewählt. Somit haben die Sozialdemokraten ihren Verstand gewahrt; die Liberalen haben ein Mandat von den Unpolitischen gewonnen.

Der Parteitag der beiden Westfalen fand am Sonntag und Montag in Moskau statt. Das Reichsvereinsgesetz ermdlich ist, ihn im Lande selbst abzuhalten. Ein Beweis, wie unangenehm reaktionäre im Lande Westfalen regiert wird, ist, daß hier das Reichsvereinsgesetz befreit wird. Der Parteitag war von über 30 Delegierten besucht. Der Parteivorstand hatte den Genossen Westfalen erlaubt, der in einer Veräußerungs-Rebe darauf hinwies, welcher Aufgaben des Klassenbewußten Proletariates in der Zukunft harren; es gelte die „Sozialpolitik“ und die „Finanz-Reform“ bestimmend zu beeinflussen durch Aufstellung der Massen. Der Bericht des Landesvorstands zeigt ein erfreuliches Anwachsen der Parteiorganisation und — trotz der Wirtschaftskrise — hat sich auch das Betrug-Unternehmen geklärt. Der Parteitag setzte auch das Statut für die Landesorganisation fest.

Die geplante Steuerreform behandelte ein Referat des Genossen Lütz-Hamburg. Nach lebhafter Diskussion fand eine Resolution Annahme, die gegen die Einführung neuer indirekter Steuern verweist. Genosse Dr. Herzfeld-Berlin behauptete die medien-burgische Verfassung und verweist u. a. darauf, daß der Reformator der Regierung sofort zu Ende sein würde, wenn etwa die geplante Reichsfinanz-Reform die gesundenen Matrosen-Verträge der Bundesstaaten niederschlagen und so eine finanzielle Sorge der medienburgischen Regierung beseitigen würde.

Der Jahresbericht des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. weist einen Mitgliederstand von 14.196 Genossen in den 13 sozialdemokratischen Kreisorganisationen auf, außerdem sind 900 Genossinnen organisiert. Im Jahre 1906 betrug die Gesamtmitgliedszahl: 8665, im Jahre 1907 11.396, 1908 13.398. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeinde-Vertreter im Agitationsbezirk beträgt 202 Genossen.

Arbeiterbewegung

Appell der Transvaaler Arbeiter an die Arbeiter der deutschen Sprache!

Johannesburg, 23. September 1908.

Unter der Leitung des „Witwatersrand Gewerkschafts- und Arbeiter-Vereins“ wurde kürzlich eine Konferenz abgehalten, wobei Delegierte von den zweitgrößten unterzeichneten Organisationen vertreten waren, zur Besprechung der Schritte, welche gegen die „Victoria Falls-Strass-Compagny“ und deren Subkontraktoren, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin und die Firma Dauschhammer Eisenwerke in Preußen, getan werden sollen.

Für diese Firma sind Arbeiter aller Länder, zum größten Teil aber deutsche, für einen geringeren als den anerkannten Lohn in Transvaal tätig. Zu erwähnen ist, daß die Arbeiter nicht nur gequält werden, sondern dem üblichen Lohn, sondern zugleich länger als acht Stunden zu arbeiten.

Zum Beispiel ist erwiesen, daß ein großer Teil der bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angestellten Arbeiter seit Monaten jeden Tag 13 Stunden, Sonntags ebenfalls, beschäftigt wird.

Anstatt 48 Stunden werden in der Woche 91 Stunden gearbeitet, ohne daß dafür Löhnerzeit oder sonst etwas bezahlt wird. Das sind herrliche Zustände!

Für diese gänzlichen Verhältnisse ist in erster Linie ein Herr Meyer, Manager der A. E. G., Berlin, verantwortlich. Monsieur, Aufseher usw. sind auf Kontrakt, unter ebenfalls mehreren Löbchen als den ortsüblichen, von Deutschland aus engagiert.

Gegen solche Vorgänge protestieren wir aufs energischste und wenden uns deshalb vor allem an die deutsche Arbeiter-Gesellschaft, um sie vor solchen „Geld“ zu warnen, denn in Transvaal sind so viele Arbeiter arbeitslos, daß die Firmen nicht gezwungen sind, Arbeiter zu importieren. Selbstverständlich sind die Transvaaler nicht gewillt, unter anderen als den ortsüblichen Bedingungen zu arbeiten.

Wir setzen auf dem Standpunkt der Stuttgarter Resolution betreffs der Kontraktarbeiten, die erweist auf den hier abgehandelten Kontrakt der Vertreter der Gewerkschaften und sozialistischen Verbände von Transvaal angenommen wurde.

Wir hoffen, daß alle Arbeiter, die unter solchen Verhältnissen leben, bald ihre Interessen wahrnehmen und den absicht unangenehmen Patriotismus beiseite legen; denn es ist zweifellos, daß der Nationalhass gegen die deutschen Arbeiter noch mehr in Tage tritt, wenn sie sich nicht verstehen, als Lohnbrüder engagiert zu werden.

Wir verlangen deshalb die Unterstützung der Arbeiter-Organisationen und der Arbeiterpresse in Deutschland und fordern diese auf, sich unserem Protest anzuschließen, um womöglich den Export von Kontraktarbeitern nach Transvaal zu verhindern.

Sich die Internationalen

Im Auftrag der:

- Bricklayers, Plumbers,
- Engine Drivers, Miners,
- Almalamated Engineers, Plasterers,
- Boilermakers, Stonemasons,
- Iron Moulder, Musicians,
- Typographical Union, Haidrossers,
- Carpenters & Joiners, Secretary Trades & Labour Council.

Charles C. Clouston, Sekretär.

Witwatersrand, Trades & Labour Council.

Im Auftrag der:

- Biggers Union, Butchers,
- Backers, Drill Sharpshooters
- and General Workers:
- A. Cranford, Generalsekretär G. B. H.
- General Workers Union (Transvaal).

Im Auftrag der:

- Independent Labour Party: P. Jerman, Sekretär.
- Germiston Socialist Literary Society: Jenny Glass, Sekretär.
- Und: Des Sozialistischen Arbeiter-Vereins „Borwärts“:
- Albert Ahrens, Sekretär.

Von der niedergehenden Konjunktur. Die Hiesigen in Ruhr-Revier nehmen rapide zu. Am Oberhauser Revier freieren sich alle Pechen wegen Absatzmangel. — In der Generalversammlung des Vereins südböhmischer Baumwoll-Industrieller in Stuttgart wurde die Fortsetzung der 14 prozentigen Betriebs-Neuerungen wegen ungenügender Beise bis zum Jahresende beschlossen.

Das gab der Genosse Fabrikant. Der Fortschritt fällt zum Teil auf den Rücken Frankreichs, jedoch auf Worts und die Bewegungen des Geldes. Andere Provinz-Genossen sind zurückgegangen. In der hiesigen Partei ist mit diesem geringen Fortschritt wenig zufrieden. Die Schwäche der Partei läge nicht, wie der Bericht sagt, von den reaktionären Maßnahmen des Ministeriums, sondern in der Erklärung in der nächsten Woche der Partei gegenüber dem anarcho-syndikalismus. Der Parteifortschritt verweist demgegenüber auf die ständige Zunahme der letzten Zeit, die eine sichere Gewähr für den Fortschritt der Partei bilden.

Der Reichsfinanzbericht über den finanziellen Stand der „Humanität“, den Genosse Langer gibt, lautet sehr erfreulich. Zur Zeit des vorigen Kongresses in Nancy betrug die Zahl der in Paris verkauften Exemplare im Durchschnitt täglich 18.000, Anfang Oktober dieses Jahres wurden 23.081 umverteilt. Dabei ist aber zu beachten, daß jetzt das Parlament nicht tagt; im Juni, Juli und August betrug der tägliche Verkauf im Durchschnitt 25.266 bzw. 23.980 bzw. 25.448. Ebenso erfreulich ist der Verkauf in der Provinz gelegen, nämlich von 19.840 auf 25.100. Die Abonnements sind allerdings etwas nämlich von 7600 auf 5500, gesunken. Dieses Resultat hängt mit den besonderen französischen Verhältnissen zusammen; die französischen Wähler haben bekanntlich samt und sonders einen nur geringen Abonnementsstand. Die „Humanität“ kann demnach mit mindestens 50.000 sicheren Abonnements rechnen. Das Defizit, das im Vorjahre noch immer 35000 Francs monatlich betrug, ist im Jahre 1908 nämlich geschwunden und vom Monat Mai ab konnten sogar kleine Ueber-schüsse erzielt werden, die sich beständig erhöhen und in Juli schon 2400 Francs betragen. Trotzdem werden die Parteigenossen ersucht, das Blatt auch ferner mit Zusendungen zu unterstützen. Die 3000 Aktien zu je 25 Francs sind beinahe ganz geschickelt. — Der „Socialist“, das Parteiblatt, ist dagegen zurückgegangen. Es mag mit der Erklärung der vielen anderen sozialistischen Wochenblätter zusammenhängen, andererseits gemäß bekanntemachen den meisten Parteigenossen die Lektüre eines Wochenblattes bei weitem nicht. Nach dem bestehenden Reglement haben die Parteigruppen die Verpflichtung, das Zentralorgan zu abonnieren, was aber auch nicht immer geschieht. Die Berichte werden nach kurzer Diskussion genehmigt, man will möglichst Zeit gewinnen für den Hauptpunkt der Tagesordnung.

Die Taktik der Partei.

Hierzu liegen schon circa 20 Anträge vor. Man erntet sie, daß die zunächst die Berichte über den Nationalrat, die Genossen Langer und Lafarge, zum Wort kommen sollen, jedoch die Vertreter der Federation, welche Anträge hierzu unterbreitet haben. Es stehen sich in dieser Frage vier Richtungen gegenüber:

Zunächst die Guesdisten, die den politischen Kampf der Arbeiterklasse für weit wichtiger halten, wie den gewerkschaftlichen. Die Sozialisten haben sich der Wähler zu bemächtigen, um dann die Produktionsweise umzugestalten. Die Reformen im bürgerlichen Staate haben zugunsten des Proletariats noch ihrer Auffassung zur einen sehr nebensächlichen Wert.

Die Partei habe zwar Reformen zu verlangen, aber sie habe sich nur mit Vorsicht darauf zu verlassen, damit sie nicht vom revolutionären Endziel abgelenkt werde und zur bürgerlichen Reformpolitik herabsteige. Im Parlament habe sie sich in schroffen Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien zu setzen, das Budget auf jeden Fall zu verweigern.

Die Syndikalisten vertreten bekanntlich den entgegen-gesetzten Standpunkt. Für sie bedeutet die parlamentarische Aktion garnichts. Sie wollen das sozialistische Endziel durch die Gewerkschaften und zwar mit dem Mittel der „Aktion direkt“ erreichen: Generalstreik, Antimilitarismus und Insurrektion.

Die Reformisten sind durch den Austritt bzw. Ausschluß verschiedener sogenannter „unabhängiger“ Sozialisten sehr geschwächt. Sie bewerten den Parlamentarismus sehr hoch, mit dessen Hilfe sie die langsame Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen gedenken, wobei sie auch Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien nicht ablehnen.

Den zentralistischen Block innerhalb der Partei bilden die Anhänger von Valliant und Faures. Viele wollen auf keines der Kampfmittel des proletarischen Kampfes verzichten. Sie befürworten die Beteiligung an den Wahlen zum Zwecke der Aufklärung, wollen aber auch mit Hilfe der parlamentarischen Tätigkeit Reformen für die Arbeiterklasse durchsetzen. Sie befürworten auf der anderen Seite aber auch die gewerkschaftlichen Aktionen und selbst die Genossenschaft-tätigkeit. Die französischen Guesdisten — so äußerte sich kürzlich Valliant — negieren mit ihrer Taktik die Aktion im Gegenwärtigen. Es müßte versucht werden, der Bourgeoisie Reformen für die Arbeiterklasse zu entreißen, womit die Aktionsfähigkeit und Widerstandskraft des Proletariats erhöht werde. Alle Organe der Arbeiterklasse, alle Kampfsorganisationen sind nach der Auffassung zu fördern und jedes Kampfmittel ist anzuwenden, die Partei ist in erster Bedeutung, in diesem Kampf zu erhalten, der revolutionäre Klassenkampf habe immer zu ruhen, sei jeden Tag zu führen.

Zu erwähnen wären allerdings noch die Anhänger der „Erebe“, die aber zum Teil im Syndikalismus aufgehen. Der Gegensatz nach wird dieser mittlere Weg die meisten Stimmen auf sich vereinigen, da auch die Syndikalisten schließlich zu ihnen stehen werden, weil die syndikalistische Taktik ja von jenem, wenigstens zum großen Teil, anerkannt wird.

Ein Jubiläum der Berliner Sozialdemokratie. Die der „Vorwärts“ in Erinnerung bringt, waren am 18. Oktober 25 Jahre seit dem Tage verfloßen, an welchem es gelang, Fische in den Ball des bis dahin vom Stammmilleralismus beherrschten Vater Hauses zu legen und Vertreter der Arbeiterklasse in die Berliner Stadtverordnetenversammlung einzuführen. Von diesem Ereignis ward die Bourgeoisie am 18. Oktober 1883 warnten. Mitin unter dem Ausnahmegesetz hatte die Berliner Sozialdemokratie ungenügend ihren ungeschwächten Kampfsinn abgeleitet. Auf den ersten Anblick hatte sie der Bourgeoisie zwei Stadtverordneten-Wahlbezirke erstritten, die Wahlbezirke vom 12. November brachten zwei weitere Siege: am 29. Dezember wurde der fünfte Sozialdemokrat gewählt. Circa 3000 Wähler der dritten Abteilung hatten sich der Gefahr der Ausweisung trotzend, offen zur Sozialdemokratie bekannt.

Von den fünf ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten des Jahres — Franz Lühner, Paul Singer, Ferdinand Griebel, Gerold und August Gesselt — gebürtig heute nur noch zwei, Singer und Griebel, der Veranlassung an, reicher ununterbrochen die ganzen 25 Jahre hindurch, letzterer, nachdem er von 1876 bis 1899 dauffert hatte, wieder seit dem Jahre 1900. Ein Dritter, der jüngst verstorbenen Genosse Franz Lühner, übte sein Stadtverordnetenmandat zwar nur bis Sommer 1892 aus, aber er hat auch später noch bis zu seinem Tode ansehnlich im Dienste der Kommune eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Seit 1883 ist die Sozialdemokratie unauflöslichem vereint und hat einen Sitz nach dem anderen erobert. Während 1883 in allen Bezirken der dritten Wählerabteilung zusammen nur etwa 3000 sozialdemokratische Stimmen gezählt wurden, belief sich die Zahl der sozialdemokratischen Wähler 1907, obwohl in diesem Jahre nur ein Drittel der Bezirke zu wählen hatte, bereits auf mehr als 40.000, und in sämtlichen 43 Bezirken der dritten Wählerabteilung zusammen haben bei den letzten drei Ergänzungswahlen annähernd 100.000 Wähler sozialdemokratisch, dagegen nur etwas über 30.000 für die Kandidaten der Bourgeoisie gestimmt. Von den 48 Mandaten der dritten Wählerabteilung sind heute 35 im Besitz der Sozialdemokratie. Und das trotz der öffentlichen Stimmabgabe, trotz des Wahlbestehungs-Lage, trotz der Forderung des Wahlrechts an eine einjährige Aufenthaltspflicht in der Gemeinde und trotz aller übrigen, die Wahlrecht erschwerenden gesetzlichen Bestimmungen!